

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Frankreich

*Gilles Kepel*

„DSCHIHADISTEN LIEBEN DIE  
EXTREME RECHTE“ –  
EIN GESPRÄCH

*Michaela Wiegel*

WAS IST LOS MIT FRANKREICH?

*Claire Demesmay*

EIN PRÄSIDENT IM REGEN.  
FRANÇOIS HOLLANDES  
AMTSZEIT

*Camille Peugny*

OPFERT FRANKREICH  
SEINE JUGEND?

*Jean-Yves Camus*

DER FRONT NATIONAL  
ZWISCHEN NORMALISIERUNG  
UND ISOLATION

*Susanne Götze*

CHRONISCH ZERSPLITTERT:  
DIE FRANZÖSISCHE LINKE  
VOR DEN WAHLEN

*Ulrich Pfeil*

ZUM STAND DER  
DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN  
BEZIEHUNGEN

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Frankreich

## APuZ 48/2016

**GILLES KEPEL**

„DSCHIHADISTEN LIEBEN DIE EXTREME RECHTE“ – EIN GESPRÄCH

Wie kommt es, dass junge Franzosen zu Dschihadisten werden und sich gegen ihr Land wenden? Hat Frankreich als Einwanderungsland versagt? Der Dschihadismusforscher Gilles Kepel analysiert die Hintergründe der jüngsten Terroranschläge in Frankreich.

Seite 04–08

**JEAN-YVES CAMUS**

DER FRONT NATIONAL ZWISCHEN NORMALISIERUNG UND ISOLATION

Ist der Front National, wie seine Protagonisten behaupten, im Begriff, die politische Macht zu übernehmen? Oder wird er weiterhin in der Rolle einer, wenn auch wichtigen, Protestpartei gegen die bürgerliche und liberale Rechte und die sozialdemokratische Linke verharren?

Seite 24–28

**MICHAELA WIEGEL**

WAS IST LOS MIT FRANKREICH?

Die dschihadistisch motivierten Terroranschläge 2015 und 2016 haben Frankreich auf dem Höhepunkt einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation und des politischen Stillstands getroffen. Selten wirkte das Land so uneinig und gesellschaftlich zersplittert wie jetzt.

Seite 09–12

**SUSANNE GÖTZE**

CHRONISCH ZERSPLITTERT:

DIE FRANZÖSISCHE LINKE VOR DEN WAHLEN

Nach fast fünf Jahren Linksregierung ist die französische Linke tief gespalten. Die Situation des linken Lagers erinnert an die Zeit nach der Staatskrise 1958, als die IV. Republik endete. Damals wie heute scheinen jene, die die Linke einen wollen, deren Spaltung voranzutreiben.

Seite 29–33

**CLAIRE DEMESMAY**

EIN PRÄSIDENT IM REGEN.

FRANÇOIS HOLLANDES AMTSZEIT

Kaum ein französischer Präsident wurde so schnell so unbeliebt wie François Hollande. Warum ist das so? Welche Erwartungen seiner Wählerschaft konnte Hollande erfüllen, welche nicht? Was sind jenseits der Umfragen die politischen Leistungen seiner Präsidentschaft?

Seite 13–18

**ULRICH PFEIL**

ZUM STAND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN

Dass Frankreich und Deutschland weiterhin als der so oft beschworene „Motor Europas“ zusammenwirken können, wird zunehmend bezweifelt. In der Tat scheinen sich die deutsch-französischen Beziehungen derzeit in der Krise zu befinden.

Seite 34–38

**CAMILLE PEUGNY**

OPFERT FRANKREICH SEINE JUGEND?

Hohe Jugendarbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard und geringe soziale Mobilität – junge Franzosen begegnen in ihrem Land zahlreichen Schwierigkeiten. Um nicht eine ganze Generation zu opfern, ist es Zeit für einen echten politischen Vorstoß.

Seite 19–23

# EDITORIAL

Vor einem Jahr erlebte Frankreich den schwersten Terroranschlag seiner Geschichte. Zu dem Angriff auf die Besucher eines Fußball-Länderspiels, eines Rockkonzerts sowie mehrerer Restaurants und Bars in Paris und Saint-Denis am 13. November 2015 bekannte sich der sogenannte Islamische Staat (IS). Bereits am 7. Januar hatten schwer bewaffnete Islamisten die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt angegriffen. Präsident François Hollande erklärte den „Krieg gegen den Terrorismus“; der Notstand wurde verhängt und bis heute nicht wieder aufgehoben. Zwar konnten zahlreiche weitere Attentate vereitelt werden, doch im Sommer 2016 ermordeten Dschihadisten zwei Polizeimitarbeiter und einen katholischen Priester, und am Nationalfeiertag am 14. Juli fuhr ein „IS“-Sympathisant in Nizza einen Lkw in eine feiernde Menge.

Die Anschlagsserie stellt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem ohnehin geschwächten Land auf eine harte Probe. Die französische Wirtschaft stagniert seit Jahren, und Ansätze für Reformen stoßen auf massiven Widerstand. Die Franzosen sind unzufrieden, und Hollande ist so unbeliebt wie keiner seiner Vorgänger. Wenige Monate vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ist abzusehen, dass der rechtsextreme Front National Rekordwerte erzielen wird.

Eine disziplinierende Wirkung scheint diese Situation nicht zu entfalten: Durch das linke Lager ziehen sich Gräben, und auch die Konservativen ringen um Geschlossenheit. Eine öffentliche Analyse der Missstände im Land, die an die Ideale der Republik rühren, und eine Grundsatzdiskussion über entsprechende Auswege bleiben bislang weitgehend aus. So droht der anstehende Wahlkampf ein weiteres Symptom der tiefen Krise zu werden, in der Frankreich sich befindet.

*Anne-Sophie Friedel*

INTERVIEW

# „DSCHIHADISTEN LIEBEN DIE EXTREME RECHTE“

## Ein Gespräch über die Wurzeln des Terrorismus in Frankreich

mit Gilles Kepel

Herr Professor Kepel, Frankreich wird von dschihadistisch motivierten Terroranschlägen getroffen, und Täter sind in den meisten Fällen Franzosen. Haben Sie diese Situation kommen sehen?

– Was wir gegenwärtig erleben, ist für mich keine wirkliche Überraschung. Seit 2005 verfolge ich die Entwicklung der „dritten Generation des Dschihadismus“, wie ich sie nenne, die junge europäische Muslime als Akteure rekrutiert, um vor allem in Europa Anschläge zu verüben. Ihr Ziel ist es, die westlichen Gesellschaften zu spalten und in ihrer Mitte Enklavenkriege zu entfachen, die in eine Art Bürgerkrieg münden, um auf den Ruinen eines zerstörten Europa das Kalifat zu errichten.

Damals veröffentlichte der syrische Ingenieur Abu Musab al-Suri den „Aufruf zum weltweiten islamischen Widerstand“ im Internet, ein 1600 Seiten starkes Pamphlet, in dem er die Idee eines netzwerkartig strukturierten und von unten organisierten Dschihadismus formulierte, der einfache Mittel nutzt, etwa ein Auto, um Leute zu überfahren, ein Rohrstück, ein Küchenmesser.

Wie kam es zu dieser strategischen Anpassung?

– Die erste Phase des modernen Dschihadismus begann mit der sowjetischen Invasion 1979 in Afghanistan und dem Kampf der Mudschaheddin. Nach ihrem großen Erfolg, dem Rückzug der Roten Armee 1989, versuchten die dschihadistischen Kämpfer, in ihren Heimatländern die dortigen „ungläubigen“ Regierungen zu stürzen. Doch in Indien, Algerien, Ägypten und Bosnien scheiterte dieser Dschihad.

Osama bin Laden und Nabil Sahraoui, die beide in Afghanistan gegen die Sowjets gekämpft hatten, erklärten sich dieses Scheitern dadurch, dass die Massen sich aus Angst nicht dem Kampf der Dschihadisten gegen die lokalen Machthaber angeschlossen hatten – aus Angst vor den westlichen Regierungen, die diese Regime unterstützten, insbesondere die USA. Daraus folgerten sie, dass der Dschihad nicht mehr auf den nahen, sondern auf den fernen Feind zielen müsse.

Und das führte zu 9/11.

– Genau, das war der Höhepunkt der zweiten Phase. Der Angriff sollte die USA so pro-

vozieren, dass sie Truppen nach Afghanistan und in den Irak entsenden, wo es zu einem neuen Vietnam für die Amerikaner kommen sollte. Alles war bis ins kleinste Detail geplant. Al-Qaida ist pyramidal, also von oben nach unten organisiert: Bin Laden bezahlte die Flugtickets für die Attentäter, das Flugtraining und so weiter – und am 11. September lief dann auch alles wie am Schnürchen. Doch wieder kam es nicht zu einer Mobilisierung der Massen hinter den Dschihadisten. Das war der Zeitpunkt, zu dem sich die Idee eines Dschihadismus mit einer netzwerkartigen Struktur entwickelte, der weder auf den nahen noch auf den fernen Feind zielt, sondern auf Europa, das genau dazwischen liegt.

Warum Europa?

– Die neuen Dschihadisten betrachten Europa als den Schwachpunkt des Westens. Es ist nicht militärisch organisiert, verfügt über große muslimische Bevölkerungsgruppen und befindet sich in geografischer Nähe zur islamischen Welt.

Welche Faktoren haben diesem Dschihadismus der dritten Generation den Weg geebnet?

– Abu Musab al-Suri stellte sein Manifest im Januar 2005 online. Drei Wochen später wurde Youtube gegründet, und damit begann ein neues digitales Zeitalter: Seitdem kann jeder selbst Inhalte produzieren und sich über das Internet vernetzen. So hat der Daesh-Mann Rachid Kassim über den verschlüsselten Messenger-Dienst Telegram aus der Ferne die Attentate von Magnanville, Nizza und Saint-Etienne-du-Rou-

vray koordiniert und die drei jungen Frauen instruiert, die im September eine Autobombe vor dem Gare de Lyon in Paris zünden wollten.

Diese Kulturrevolution im Dschihadismus haben die Geheimdienste völlig verpasst. Sie haben sie überhaupt nicht ernst genommen und lange geglaubt, die dezentral organisierten Zellen würden sich gegenseitig auslöschen.

Auch die Inkubationswirkung der Gefängnisse haben sie lange unterschätzt. Dort vollzog sich die Verbindung zwischen der zweiten und der dritten Dschihadistengeneration. Ein Beispiel: Der Al-Qaida-Aktivist Dschamel Beghal, der 2001 die US-Botschaft in Paris in die Luft sprengen wollte, sollte während seiner Haft in Fleury-Mérogis, Europas größtem Gefängnis im Süden von Paris, vollkommen isoliert sein, doch durch das Fenster konnte er mit den Insassen der Zelle unter seiner kommunizieren: Chérif Kouachi, ein angehender Dschihadist, der verhaftet worden war, als er in den Irak reisen wollte, und Amedy Coulibaly, ein Kleinkrimineller aus der südlichen Pariser *banlieue* – zwei der Attentäter vom Januar 2015.

Ein weiterer Faktor ist die Verbreitung des Salafismus in Europa. Während des Golfkrieges 1990 unterstützten viele europäische Muslime Saddam Hussein gegen die Saudis. Daraufhin entsandten diese salafistische Missionen nach Europa, die die dortigen muslimischen Bevölkerungen „wahhabisieren“ und zu Verbündeten machen sollten. Der Salafismus läuft auf einen totalen kulturellen Bruch mit den Sitten der

liberalen westlichen Gesellschaft hinaus. Das führt nicht zwangsläufig zu Gewalt, schafft aber das Fundament, auf dem der Übergang zu Gewalt sich vollziehen kann, wenn ein bestimmter Imam oder ein bestimmtes soziales Netzwerk jemanden erreicht, der entsprechend vorgeprägt ist.

Wie konnte der Salafismus in Frankreich Fuß fassen?

– Das hat er vor allem unter den Kindern von muslimischen Einwanderern, die in den großen Brennpunktvierteln Frankreichs mit 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit Anomie und Perspektivlosigkeit erleben. Wer nicht über die richtigen Netzwerke verfügt, ist völlig marginalisiert, und das erleben viele dieser jungen Leute so. In ihrem Umfeld sehen sie, dass Schulbildung nichts bringt – leicht werden dann die damit verbundenen Werte wie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Der Salafismus liefert hier eine ideale Alternative zum westlichen Rechts- und Gesellschaftssystem, das angesichts der Situation dieser jungen Menschen total daneben zu liegen scheint.

Diese Ideologie schlägt aber nicht nur Kinder von Einwanderern in ihren Bann. Angeblich sind nahezu ein Viertel der Anhänger des sogenannten Islamischen Staates Konvertiten.

– Das ist in der Tat der höchste Anteil, den ich in den 35 Jahren meiner Arbeit bei einer solchen Bewegung festgestellt habe.

Wie erklären Sie sich die Attraktivität des Salafismus bis hin zum Dschihadismus für diese jungen Leute?

– Bei der Betrachtung der Einzelfälle ist mir besonders das Fehlen der Väter aufgefallen. Häufig ist die alleinerziehende finanzschwache Mutter in ein benachteiligtes Viertel gezogen, in dem nun einmal ein Großteil der Jugendlichen Muslime sind. Die Kinder haben sich dort resozialisiert und innerhalb ihrer neuen Peergroup eine Möglichkeit gefunden, gegen die Anomie zu kämpfen, in ihrem Fall die Abwesenheit der Vaterfigur: Es herrscht nun das Gesetz der Peers, und das ist gegebenenfalls die Scharia in ihrer salafistischen Variante, die sich strukturell gegen die empfundene Anomie in der Gesellschaft richtet.

Ist der Dschihadismus also in gewisser Weise auch eine Art Protestbewegung von Orientierungslosen?

– Der Dschihadismus ist Ausdruck einer Ablehnung der Gesellschaft, ja. Aber er beschränkt sich nicht darauf, denn er wird genährt von einer Ideologie und von dem Wunsch, die Menschheit durch Gewalt und durch die Rückkehr zu einem vollkommen aus dem historischen Zusammenhang gerissenen Modell des 7. Jahrhunderts zu verändern, das vom Salafismus getragen wird. Paradoxerweise könnte man meinen, dieses Modell sei revolutionär, doch auf kultureller und moralischer Ebene ist es zutiefst reaktionär.

Letztendlich ähneln sich alle revolutionären Bewegungen in gewisser Weise: Wenn man zum Beispiel Videos und konspirative Traktate der rechtsextremen Gruppierung um Alain Soral und dschihadistische Propaganda vergleicht,

stellt man große Ähnlichkeiten bei Sprache und Ikonografie fest. Aber sie werden nicht von den gleichen Ideen getragen.

Darüber führen Sie eine recht hitzige Debatte mit dem Politikwissenschaftler Olivier Roy. – Er reduziert den Dschihadismus auf ein nihilistisches Phänomen und ist der Auffassung, der Islam werde von Menschen instrumentalisiert, die sich überhaupt nicht auskennen. Aber wenn Leute zu Dschihadisten werden, dann sind sie von der Atmosphäre, von der „Salafisierung“ der Welt eingenommen.

Es ist essenziell, das zu verstehen. Daher ist es auch so wichtig, die arabische Sprache zu beherrschen, um diese Ideologie lesen zu können und die kulturelle Dimension zu erfassen.

Wenn der Salafismus in Frankreich so stark werden konnte, haben die etablierten französischen muslimischen Institutionen also an Einfluss verloren? – Die Verbreitung des Salafismus in Frankreich hat sich nach den Vorstadtkrawallen 2005 und mit dem Heranwachsen der jungen Generation französischer Muslime beschleunigt.

Zuvor war der islamische Diskurs in Frankreich etwa seit den 1980er Jahren vor allem von den sogenannten *blédards* dominiert, die aus dem Maghreb nach Frankreich emigriert und von den Muslimbrüdern geprägt waren. Diese Generation hat etwa mit der Vereinigung der islamischen Organisationen in Frankreich (Union des organisations islamiques en France, UOIF) ver-

sucht, eine muslimische Gemeinschaft aufzubauen, die mit dem französischen Staat im Dialog steht.

Doch viele der jungen französischen Muslime von heute haben das Gefühl, dass Frankreich ihnen letztlich keine Chance gibt. Sie sind außerstande, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren, und lehnen den Staat ab.

Speist sich daraus auch der Hass, der Frankreich ins Fadenkreuz der Dschihadisten gerückt hat?

– Das ist zumindest ein Faktor. Ein anderer ist das „retrokoloniale Phänomen“, eine starke Abneigung gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, die in den Augen vieler die Elterngeneration herabgesetzt hat. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass Mohammed Merah die jüdischen Kinder und ihren Lehrer in der Schule Ozar Hatorah in Toulouse am 19. März 2012 erschossen hat, also auf den Tag genau 50 Jahre nach dem Waffenstillstand, mit dem der Algerienkrieg endete. Damit hat er den Krieg gegen Frankreich auf dem Boden der ehemaligen Metropole wieder aufgenommen – und seine Mutter jubelt, er habe Frankreich in die Knie gezwungen.

In Sachen Kolonialvergangenheit tut man in Frankreich, als sei nichts gewesen. Dabei ist das heutige Frankreich auch das Produkt des Kolonialreiches. So klingt bis heute der große Mythos nach, dass jeder Franzose werden kann – durch die Schule. Die französische Gesellschaft pflegt eine regelrechte Religion der laizistischen Integration, die jedoch gegenwärtig nicht funktioniert.

Hat Frankreich als Einwanderungsland also versagt?

– Zumindest scheint das angesichts des Dschihadismus heute jeder zu glauben. Vor 30 Jahren war die französische Gesellschaft insgesamt besser integriert, aber damals gab es auch noch Arbeit. In der jungen Generation von heute ist dieses Gefühl eines sozialen Bruchs verbreitet, das durch den kulturellen Bruch des Salafismus verdoppelt wird.

Welche Rolle spielt hier der französische Laizismus? Erweist sich der Ausschluss der Religion aus der öffentlichen Sphäre, der vor allem Muslime betrifft, als Integrationshindernis?

– Es gibt mittlerweile fast überall in Frankreich Moscheen. Man kann also nicht sagen, dass Frankreich den Ausdruck der Religion im öffentlichen Raum verhindert.

Und doch wird immer wieder diskutiert, ob der Laizismus vor allem auf individueller Ebene nicht diskriminierend wirkt.

– Hier ging es zunächst um das Tragen des Kopftuchs insbesondere in öffentlich finanzierten Schulen. Die UOIF ergriff 1989 die Initiative: Der muslimischen Bevölkerung Frankreichs müsse es möglich sein, den Vorgaben der Religion auf persönlicher Ebene zu entsprechen – etwa durch das Tragen des Kopftuchs als Frau. Die Frage hat das Schulleben geradezu vergiftet, denn Ziel war nicht nur der Ausdruck des Glaubens, sondern auch eines Machtverhältnisses, um eine soziale Kontrolle über die Schulkinder auszuüben und ein Gegengewicht zum Lehrkörper zu schaffen.

Das oberste französische Verwaltungsgericht hat sich damals auf sehr legalistische Art und Weise geäußert und lediglich festgehalten, das Tragen des Kopftuchs sei nur im Falle einer Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung zu unterbinden. Daraus folgten viele widersprüchliche Gerichtsentscheidungen, bis die Laizismus-Kommission unter dem Vorsitz von Bernard Stasi 2003 entschied, das ostentative Tragen religiöser Zeichen in der Schule müsse verboten werden, ob es sich nun um ein Kopftuch, ein Kreuz oder eine Kip-pa handelt.

Mit ähnlichen Worten haben in diesem Sommer mehrere Bürgermeister versucht, den Burkini an den Stränden Südfrankreichs zu verbieten.

– Die „Burkini-Affäre“ hat Frankreich die Kritik großer Teile der internationalen Öffentlichkeit eingehandelt. Bis dahin wurde das vom Terrorismus heimgesuchte Frankreich als Opfer betrachtet. Nun steht Frankreich da wie eine Art Gulag, in dem der Laizismus für die Muslime an die Stelle des Stalinismus tritt.

Natürlich ist diese Angelegenheit ein wenig delikater, aber sie ist auch hochinteressant: Sie fällt in den Sommer, wenn die Gesellschaft mehr oder weniger entblößt ist. Inmitten dieser Nacktheit tauchen komplett in Schwarz gehüllte Frauen auf, und dies zudem am Ort des jüngsten Traumas, des Attentats von Nizza. Das ist ein angstausslösendes Phänomen.

Die städtischen Erlasse zum Verbot des Burkinis sind also zunächst eine Reaktion auf die

Angst der Menschen und basieren auf der Annahme, dass es zu Spannungen kommen kann. Zugleich entbehren sie aber einer rechtlichen Grundlage, denn verboten ist seit 2011 lediglich das Verbergen des Gesichts in der Öffentlichkeit. Das oberste französische Verwaltungsgericht hat die Erlasse ja dann auch aufgehoben. Es gibt neben der juristischen aber auch eine politische Dimension, die von den islamistischen Bewegungen instrumentalisiert wird.

Das heißt?

– Die gesamte Diskussion über Islamophobie, die sich um die „Burkini-Affäre“ entfaltet hat, steht für eine kontrollierte Weigerung der Muslimbrüder, über die Attentate zu reden. Stattdessen betrachtet man sich als Opfergemeinschaft, die zusammenhalten muss.

Das können wir derzeit auch im Hinblick auf die Wahlen beobachten: Es formiert sich eine Wählerlobby, die die Kandidaten für die Parlamentswahlen 2017 danach bewerten wird, ob sie islamophob sind oder nicht. Natürlich ist das erlaubt, aber es steht doch in eindeutigen Widerspruch zum Fundament des demokratischen Laizismus der Nation. Die Atmosphäre nach den Anschlägen wird genutzt, um kollektive Strategien der sozialen Kontrolle zu entwickeln.

Über die lokale Ebene hinaus und abgesehen von der „Burkini-Affäre“, halten Sie die Antwort der Regierung auf die dschihadistische Bedrohung in Frankreich für angemessen?

– Das ursprüngliche Problem besteht darin, dass die Behör-

den die Denk- und Funktionsweise des Dschihadismus der dritten Generation lange nicht verstanden haben. Jetzt erst fangen sie an, sich ihr anzupassen.

Die Anschläge in Frankreich wurden größtenteils von Personen verübt, die den Behörden bekannt waren.

– Die Zahl der erfassten Personen mit einer Verbindung zu Daesh beläuft sich heute auf mindestens 12 000. Was wollen Sie da machen? Diese Personen können nicht alle rund um die Uhr von Polizisten umgeben sein, das übersteigt die Kapazitäten des Staates.

Momentan handeln die Behörden vor allem im Nachhinein, aber auch der Dschihadismus der dritten Generation hat seine Schwächen.

Und welche sind das?

– Zum einen gibt es nicht viele Gruppen. Deshalb hat Rachid Kassim im September auch Frauen losgeschickt. Das hat ihm enorme Schwierigkeiten eingehandelt: Er wurde in Daesh-nahen salafistischen Kreisen als Abtrünniger bezeichnet, weil er die Keuschheit der Frauen dem Kampf ausgesetzt hat. Es gibt zum Beispiel Fotos von der Verhaftung, auf denen eine der drei verschleierten Frauen zu sehen ist, wie Polizisten sie am Arm ziehen – für Salafisten der blanke Horror: Ein unreiner Polizist berührt den reinen Körper einer guten salafistischen Muslima.

Zum anderen sind die Akteure nicht ausgebildet. Am 13. November 2015 zum Beispiel sollten die drei Attentäter in Saint-Denis ihre Spreng-

stoffgürtel eigentlich im Innern des Stade de France, während des Freundschaftsspiels zwischen Frankreich und Deutschland, explodieren lassen und Tausende mit in den Tod reißen. Aber die Sprengstoffgürtel waren nicht besonders gut gefertigt und sind hochgegangen, weil die Leute schwitzten und die Temperatur anstieg. Und vor allem hatten die Attentäter keine Tickets für das Spiel – bei Al-Qaida wären die Eintrittskarten lange im Voraus besorgt worden.

Außerdem begehen sie strategische Fehler. Für den gezielten Angriff auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ haben die Dschihadisten noch große Anerkennung geerntet, aber am 13. November 2015 und auch in Nizza haben sie sehr viele Muslime getötet. Das sorgt nicht gerade für Identifikation. Und selbst wenn die Dschihadisten sich zu Märtyrern im Namen des Islam erklären, entfalten solche Akte keine Mobilisierungskraft, und um die geht es nach wie vor.

Dennoch besteht derzeit die Gefahr eines identitären Bruchs in der Gesellschaft, im Zuge dessen Muslimen abgesprochen wird, Franzosen zu sein, und sie politisch und sozial ausgegrenzt werden. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland äußert sich das bereits durch den frappierenden Anstieg der Wählerstimmen am rechten Rand.

Was den Dschihadisten wiederum sehr gelegen kommt.

– Natürlich. Die Dschihadisten lieben die extreme Rechte, denn sie bestätigt sie darin, dass die französische Gesell-

schaft ohnehin rassistisch, exklusiv und xenophob ist und die Integration nichts als ein Mythos.

Wie versucht die Regierung, einer solchen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken? – Wir befinden uns bereits mitten im Wahlkampf, und die Präsidentschaftskandidaten begehen eine Eiselei nach der anderen. Wir stehen vor einer echten nationalen Herausforderung, und die besteht nicht darin, auf Stimmenfang zu gehen und dabei die Gesellschaft noch weiter zu spalten. Was wir brauchen, ist eine ehrliche Diskussion darüber, was die Herausforderung des Dschihadismus genau bedeutet.

Und was bedeutet sie beispielsweise für den Umgang mit Dschihadisten im Sinne einer Deradikalisierung?

– Das werde ich in Deutschland viel gefragt. Aber um über Deradikalisierung sprechen zu können, muss zunächst einmal eindeutig sein, was Radikalisierung ist, und darüber sind wir uns noch nicht im Klaren. In der Not haben die Behörden in Frankreich horrenden Summen an Scharlatane gezahlt, die glauben gemacht haben, das Problem mit Pflaster und Aspirin regeln zu können.

Was halten Sie für notwendig?

– Meine Aufgabenstellung ist die Diagnose. Als Akademiker analysiere ich und erkläre, aber ich therapiere nicht. Auf der Basis einer Diagnose – auch wenn sie bestritten werden kann und genau das passiert – können anschließend die politischen Entscheidungsträger auf-

bauen. So funktioniert es auch in der Medizin: Wenn es zu einer Pandemie kommt, werden Milliarden in die Forschung investiert. Danach sucht man erst nach einer Therapie.

In diesem Fall wurde aber rein gar nichts investiert. In Frankreich ist die Forschung zur arabischen Welt im Laufe der beiden letzten Legislaturperioden eingestampft, bei Sciences Po Paris sogar vollkommen eingestellt worden – seit sieben Jahren bilde ich niemanden mehr aus.

Das Interview führte Anne-Sophie Friedel am 27. Oktober 2016 in Karlsruhe.

Übersetzung aus dem Französischen: Sandra Uhlig, Bonn.

#### GILLES KEPEL

ist Politik- und Sozialwissenschaftler und Professor am Institut d'Etudes politiques in Paris. Zuletzt veröffentlichte er die Bände „Terror in Frankreich. Der neue Dschihad in Europa“ beim Verlag Antje Kunstmann sowie „La Fracture“ bei Gallimard.  
gilles.kepel@sciencespo.fr



## ESSAY

## WAS IST LOS MIT FRANKREICH?

*Michaela Wiegel*

*Wie wenig heutzutage ein Zeitgenosse, wenn er nicht zufällig an der entscheidenden Stelle steht, von den Ereignissen sieht, welche das Antlitz der Welt und sein eigenes Leben verändern.*

Stefan Zweig, Die Welt von Gestern (1942)

Frankreich ist in den zurückliegenden Monaten gleich drei Mal in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Die Terroranschläge im Januar und im November 2015 sowie am französischen Nationalfeiertag im Juli 2016 riefen weltweit Entsetzen hervor. Das Brandenburger Tor erleuchtete aus Solidarität im Blau-Weiß-Rot der französischen Nationalfarben, das New York Symphony Orchestra spielte die Marseillaise. Die Attacken beförderten den Eindruck, Frankreich werde zum privilegierten Schauplatz eines ungewollten Krieges.

Der „Krieg gegen den Terrorismus“ bestimmt denn auch die politische Debatte im Land. Er verstärkt die französische Vorstellung, dass eine Welt aus den Fugen geraten ist und mit ihr die Nachkriegsordnung, in der Frankreich sich trotz teils kriegerisch verlaufener Dekolonisierung als wirtschaftlich-politische Mittelmacht in einem friedlichen, immer enger zusammenwachsenden Europa behauptet hatte. Die Attribute der Macht – der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat, die Nuklearstreitkraft, eine einsatzfähige und -willige Armee – hat sich das Land bewahrt. Die französische Agonie hat heute andere Facetten.

Selten wirkte Frankreich so uneinig und gesellschaftlich zersplittert wie jetzt. Das Ideal der „einen und unteilbaren Republik“, wie es in der Verfassung von 1958 verankert ist, schien noch nie so weit entfernt. Frankreich erlebt eine Identitätskrise ungekannten Ausmaßes. Eigentlich versteht sich das Land im Herzen des „alten Europa“ bis heute als Erbe der Ideale der Französischen Revolution und als „Wiege der Menschenrechte“. Doch „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, die Devise der Revolutionäre von 1789, die an allen öffentlichen Schulgebäuden prangt, ist aus

dem täglichen Erleben der meisten Citoyens geschwunden. Tatsächlich gibt sich Frankreich, als sei es in einer umfassenden politischen wie wirtschaftlichen Abwärtsspirale gefangen.

## TERRORANGST

Den Terroranschlägen seit Anfang 2015 sind 238 Menschen zum Opfer gefallen, annähernd tausend wurden verletzt. Hinzu kommen unzählige, teils nur durch glückliche Fügungen vereitelte Anschlagpläne. Es steht außer Zweifel: Frankreich erlebt eine schwere Terrorwelle mit hohem Bedrohungspotenzial. Seit nach den Anschlägen auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt am 7. Januar 2015 Millionen schweigend durch die französische Hauptstadt zogen, Polizisten und Gendarmen umarmten, die Nationalhymne sangen und Kerzen entzündeten, ist die politische Reaktion zunehmend radikaler geworden.

Nach den Attentaten vom 13. November 2015 in Paris und Saint-Denis knüpfte die Staatsführung nicht nur verbal an die Epoche des Algerien-Krieges an: Sie rief den *état d'urgence* (Notstand) aus und griff dabei auf Gesetze aus dem Jahr 1955 zurück, die zu Beginn der Unruhen in den drei französischen Departements auf algerischem Boden entwickelt wurden, um der Repression einen rechtlichen Rahmen zu geben. Frankreich setzt seither die Europäische Menschenrechtskonvention nach deren Artikel 15 teilweise aus. Mit erstaunlicher Leichtigkeit schränkte die Regierung die staatsbürgerlichen Freiheiten ein, die sonst ein gleichsam „heiliger“ Quell des französischen Selbstverständnisses sind. Erstaunlich schnell arrangierten sich auch die Französischen und Franzosen mit der Situation: Gegen die „außergewöhnlichen Befugnisse“ der Exekutive, die etwa Hausdurchsuchungen zu Tages- und Nachtzeit ohne richterliche Genehmigung ermöglichen sowie das Verhängen von Ausgangssperren und Versammlungsverboten, regt sich inzwischen kaum noch Protest. Der Not-

stand wurde seither viermal mit breiter parlamentarischer Zustimmung verlängert und ist derzeit bis zum 26. Januar 2017 in Kraft. Es ist wahrscheinlich, dass er für die „heiße Phase“ des Präsidentschaftswahlkampfes erneut verlängert wird.

Auch über den Notstand hinaus verfolgt die Regierung einen autoritären Ansatz: Im Umgang mit Radikalisierten setzt sie auf Umerziehungsanstalten, sogenannte Deradikalisierungszentren, die Gefährder im Alter zwischen 18 und 30 Jahren durch strikte Disziplin, mit Fahnenappell und in Uniform wieder auf den rechten Weg zurück in die Gesellschaft bringen sollen. Monatelang war sogar im Gespräch, verurteilten Terroristen die Staatsbürgerschaft zu entziehen (*déchéance de nationalité*).

Es herrscht Terrorangst in Frankreich. In Wechselwirkung mit dem verbreiteten Unbehagen angesichts der dynamisch anwachsenden islamischen Minderheit im Land überlagert sie die gebotene politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit zentralen Fragen.

So wird etwa konsequent verdrängt, dass es sich bei den Urhebern der Anschläge in Frankreich, anders als bei den zurückliegenden Terrorattacken in London 2005, Madrid 2004 oder am 11. September 2001, größtenteils um „Kinder der Republik“ handelt, um gebürtige Franzosen, die französische Schulklassen besucht und die Vorzüge des französischen Wohlfahrtsstaates erfahren haben. Statt sich diesen „Feinden von innen“, wie Premierminister Manuel Valls sie nannte, offen zu stellen, werden die Terroristen in entfernten Regionen verortet – etwa im syrisch-irakischen Gebiet des sogenannten Islamischen Staates, das von der französischen Luftwaffe bombardiert wird – und zu „Fremden“ stilisiert. Symptomatisch für diesen Verdrängungsreflex war die Debatte um den bereits erwähnten Vorstoß des Präsidenten für einen Staatsbürgerschaftsentzug für Terroristen, der suggerierte, die Terrorbedrohung könne durch Ausbürgerungsverfahren unter Kontrolle gebracht werden. Das inzwischen verworfene Projekt beherrschte lange Zeit die öffentliche Debatte und verhinderte damit eine ernsthafte Analyse des Nährbodens des Terrorismus. Dies war politisch gewollt, hatte sich Premierminister Valls doch ausdrücklich eine Debatte über mögliche heimische Wurzeln des Terrorismus verboten, da dies einer „Kultur der Entschuldigung“ gleichkomme.

Damit wird eine öffentliche Diskussion über mögliche Missstände im Bildungssystem und die langfristigen Folgen der dauerhaft hohen Jugend-

arbeitslosigkeit im Keim erstickt. Dabei ist ein solcher Verständigungsprozess dringend geboten: Laut dem im September 2016 veröffentlichten Bericht „Inégalités sociales et migratoires“ des französischen Rates zur Schulbewertung (CNECSCO) ist Frankreich das OECD-Land, in dem die Leistungen der Schülerinnen und Schüler aus einem sozial besonders benachteiligten Umfeld, worunter in Frankreich diejenigen mit Migrationshintergrund gefasst werden, bis 2012 am stärksten gesunken sind; zudem hat sich der Leistungsunterschied zwischen Schülern in Frankreich deutlich verschärft: So beherrschten Schüler aus einem sozial besonders benachteiligten Umfeld 2012 beispielsweise im Fach Französisch vor dem Übergang in die Oberstufe lediglich 35 Prozent der erwarteten Kompetenzen – 2007 waren es noch 60 Prozent gewesen –, während Schüler aus einem sozial privilegierten Umfeld mindestens 80 Prozent der erwarteten Kompetenzen beherrschten. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der CNECSCO, Anstrengungen zu unternehmen, um eine Gleichheit des schulischen *acquis* zu gewährleisten. Doch darüber wird in Paris nicht gesprochen. Auch die Anziehungskraft dschihadistischer Propaganda auf junge Franzosen mit Einwanderungshintergrund und entsprechende Präventionsmöglichkeiten werden kaum thematisiert.

Zugleich ist eine koloniale, islamfeindliche Mentalität wieder salonfähig geworden, die seit der gewaltsamen Ablösung Algeriens weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden war und sich in der Sicherheitsdiskussion deutlich widerspiegelt. „Nicht alle Muslime sind Dschihadisten, aber alle Dschihadisten sind Muslime“, twitterte etwa die Abgeordnete des Front National in der Nationalversammlung Marion Maréchal-Le Pen Anfang Juli 2016. Der frühere Präsident und Vorkandidat im Mitte-Rechts-Lager Nicolas Sarkozy profiliert sich mit der Forderung, alle Moscheen überwachen zu lassen, mutmaßliche Gefährder zwangsweise zu internieren und einen „totalen Krieg“ zu führen.

Der Versuch von annähernd 30 Kommunen an der Côte d’Azur und der Atlantikküste, im Sommer 2016 mit Blick auf den von manchen Muslimen getragenen Ganzkörperbadeanzug Strandbekleidung zu verbieten, die auf ostentative Weise auf eine religiöse Zugehörigkeit schließen lasse und in Zeiten, in denen Frankreich Ziel terroristischer Angriffe sei, zur Störung der öffentlichen Ordnung

führen könne, zeugte von dem Irrationalitätspotenzial, das diese Stimmung birgt. Die „Burkini-Verbote“ wurden größtenteils von den zuständigen Gerichten wieder außer Kraft gesetzt, die hitzige Debatte darüber spricht jedoch für sich.

## REFORMSTAU

Die Terroranschläge haben Frankreich mitten in einer zermürbenden Wirtschaftskrise getroffen. Seit Jahren bekommt das Land seine Rekordstaatsverschuldung nicht in den Griff und hat massive Schwierigkeiten, die europäischen Haushaltsregeln einzuhalten. Hinzu kommt eine dauerhaft hohe Arbeitslosenquote von rund zehn Prozent, die sozial großzügig abgedeckt wird. Der französische Rechnungshof zweifelt offen daran, dass Frankreich sein Haushaltsdefizit 2017 nach dreimaligem Aufschub wie versprochen auf 2,7 Prozent des BIP senken kann; 2016 lag es bei rund 3,4 Prozent. Doch statt beherzt auf dringend notwendige Reformen zu setzen, gleicht Frankreich seit Jahrzehnten einem renitenten Schüler, der mehr durch Glück als durch Fleiß und Disziplin die Versetzung schafft. „Die Franzosen können nur Revolutionen, keine Reformen“, lautet ein häufiger Kommentar zu Frankreichs schleppendem Modernisierungsprozess.

„Frankreich wird immer Frankreich sein“, formulierte der EU-Kommissionsvorsitzende Jean-Claude Juncker kürzlich treffend, warum Frankreich beim Überschreiten der EU-Defizitgrenze nicht ernsthaft Sanktionen fürchten muss. Diese Rollenzuweisung haben die politisch Verantwortlichen in Paris über alle Parteigrenzen hinweg verinnerlicht. Sie gehen selbstverständlich davon aus, dass dem europäischen Gründungsland, das nach dem Brexit die zweitwichtigste Volkswirtschaft der EU sein wird, mit Nachsicht begegnet wird. Das gilt nicht nur für die regierenden Sozialisten, sondern auch für die wieder an die Macht strebenden Republikaner: Von der lange Zeit gepredigten Stabilitätskultur kehren die Protagonisten des Mitte-Rechts-Lagers alle gleichermaßen ab. Diese Kehrtwende ist auch deshalb spektakulär, weil sie in der Opposition der Linksregierung stets fehlende Zuverlässigkeit beim Haushalten vorgehalten haben. Doch nun wollen Nicolas Sarkozy, Alain Juppé und François Fillon nichts mehr von einer Schuldenbremse wissen, die sie noch im Präsidentschaftswahlkampf 2012 anpriesen. Juppé und Fillon waren damals sogar für ein Referendum

eingetreten, um eine „goldene Regel“ für nachhaltiges Haushalten in die Verfassung aufzunehmen. Auch Sarkozy mag sich an seine Bekehrung zur „deutschen Stabilitätskultur“ nicht mehr erinnern lassen. Es steht deshalb zu erwarten, dass die Bereitschaft zu durchgreifenden Reformen dauerhaft begrenzt bleibt oder zumindest einer großen pädagogischen Anstrengung bedarf.

Die Folge dieser Reformscheu ist eine konstant bleibend hohe Arbeitslosigkeit: Im August 2016 waren 3,55 Millionen Franzosen im erwerbsfähigen Alter ohne jegliche Beschäftigung. Diese hohe Zahl wird von der französischen Arbeitsministerin Myriam El Khomri mit den Folgen der Terroranschläge auf den Tourismus begründet – eine Erklärung, die vielen Franzosen nicht genügen dürfte, denn Präsident François Hollande hatte schon frühzeitig versprochen, nur dann zur Wiederwahl anzutreten, wenn die Arbeitslosigkeit nachhaltig sinke. Zwar weist die jüngste Arbeitsrechtsreform, die nur unter schweren Verwerfungen mit den ursprünglich zum Teil sogar reformbereiten Gewerkschaften sowie innerhalb des linken Lagers durchgesetzt werden konnte und mit einem großen Ansehensverlust für Präsident und Regierung einherging, durchaus in die richtige Richtung. Sie wird aber kaum vor dem nächsten Wahltermin greifen. Das Umfragetief im Nachgang der Reform ist vor allem einer mangelnden Kommunikation geschuldet: Die Regierung hat es versäumt, ihre Ziele einleuchtend zu erklären.

Der in eine neue Protestform mündende gesellschaftliche Widerstand gegen die Arbeitsrechtsreform zeugte seinerseits von einem noch tiefer liegenden Konflikt: Bei der Bewegung „Nuit debout“ (Nacht auf den Beinen), die wochenlang den Place de la République in Paris besetzte und dort gesellschaftliche Debatten organisierte, handelte es sich keinesfalls um eine von Linksparteien gesteuerte Bewegung; vielmehr schlossen sich spontan Bürgerinnen und Bürger in zufälligen Konstellationen zusammen, um über die unterschiedlichsten Anliegen zu diskutieren. Daran zeigte sich, wie wenig das französische Präsidialsystem mit seinen beiden in Auflösung begriffenen Lagern noch in der Lage ist, die Bürgerinteressen widerzuspiegeln.

## POLITISCHE AUFLÖSUNGERSCHEINUNGEN

In der Tat sind die zwei Parteien, die seit Beginn der V. Republik abwechselnd an der Macht wa-

ren, die Sozialistische Partei und die Republikaner, von inneren Machtkämpfen zerrissen und leiden unter einem massiven Mitgliederschwund. Beide Parteien haben sich in Vorwahlen geflüchtet, um Führungsschwäche und Orientierungslosigkeit zu überwinden. Erst im Januar 2017, knapp drei Monate vor dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 23. April 2017, wird also feststehen, wer von den beiden wichtigsten Parteien jeweils als Kandidat aufgestellt wird – ein in der V. Republik beispielloser Vorgang. Noch ungewöhnlicher ist die Tatsache, dass die Legitimität des amtierenden Präsidenten innerhalb seines eigenen Lagers so schwach ist, dass er nicht allein über eine erneute Kandidatur entscheiden kann. Der Vorwahlkampf verschärft die Zersplitterungseffekte und hat bislang zu einem unheilvollen Wettbewerb der verbalen Exzesse geführt.

Lachende Dritte dieses Politspektakels des niedergehenden Bipartismus ist die Vorsitzende des Front National, Marine Le Pen. Die Rechtspopulisten entkommen aufgrund der selbstzerstörerischen Tendenzen bei Sozialisten und Republikanern einer ernsthaften inhaltlichen Debatte über ihr von Widersprüchen geprägtes Programm, das Versatzstücke aus dem früheren Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei mit nationalkonservativen, fremdenfeindlichen und protektionistischen Thesen verbindet. Mehr denn je kann sich Marine Le Pen als Präsidentschaftskandidatin der „Vergessenen“ gerieren, die sich von der etablierten Politik verlassen fühlen. Geschickt nutzt sie die Ernüchterung über die EU und den Präzedenzfall des Brexit-Votums, um sich als Frontfrau einer nationalen Erneuerung darzustellen. Ihre Popularität fußt vor allem auf weit verbreiteten Abstiegs- und Zukunftsängsten.

Bezeichnend für den passiven Erfolg Marine Le Pens sind die Entwicklungen rund um das wilde Flüchtlingslager in Calais an der Ärmelkanalküste: Obwohl der Front National keine aktive Parteiarbeit in Calais betreibt, hat er dort bei den Regionalwahlen im Dezember 2015 seinen Stimmenanteil von 31 Prozent bei den Europawahlen im Mai 2014 auf 49,1 Prozent erhöhen können. Dieser enorme Anstieg erklärt sich vor allem durch das Versagen der etablierten Parteien, effiziente Antworten auf die Flüchtlingsfrage zu finden. Mit ihrer radikalen Forderung von Grenzsicherungen und dem Versprechen, keine Migranten ins Land zu lassen, wurde Le Pen zum Sprachrohr für enttäuschte Wähler.

Der relative Erfolg des Front National deutet darauf hin, wie sehr in der Gesamtschau die demokratischen Abwehrmechanismen der Franzosen unter dem Eindruck von Terrorbedrohung und Wirtschaftskrise geschwächt sind. Bislang hat das Mehrheitswahlsystem der V. Republik, das zu Wahlbündnissen zwingt, die etablierten Kräfte vor einem Siegeszug der Rechtspopulisten um Marine Le Pen geschützt. Aber wie lange wird dieses Korrektiv noch wirken?

## FLUCHTPUNKT ILLUSION?

Längst führt die politisch-wirtschaftliche Agonie Frankreichs zu einer immensen Schwächung seiner Gestaltungskraft auch nach außen, etwa auf europäischer Ebene. Derzeit praktiziert Paris in Brüssel eine neue Form der Politik des leeren Stuhls: Es ist zwar überall involviert, trägt aber etwa angesichts der hohen Flüchtlingszahlen genauso wenig zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bei wie zur Zeit von Präsident Charles de Gaulles Abwesenheit in den 1960er Jahren.

Der spanische Journalist Manuel Chaves Nogales, der von 1936 bis 1940 in Frankreich lebte, hat in seinem bemerkenswerten Buch „L'agonie de la France“ die Voraussetzungen für den Zusammenbruch des Landes 1940 beschrieben. Er spricht von einem langen, ein Jahrzehnt währenden Prozess „der Erschöpfung, der Agonie und der Zersetzung eines Volkes“, der der Kapitulation voranging. „Noch nie hat sich ein Volk mit so viel Entschlossenheit selbst getäuscht. Nicht nur die Politiker gefielen sich in einer Vogel-Strauß-Politik, das Volk erwartete das und applaudierte noch dazu.“

Ohne den Vergleich überstrapazieren zu wollen, so ist doch anzumerken, dass sich Frankreich angesichts der immensen Herausforderungen immer mehr in Illusionen flüchtet. Einer politisch-wirtschaftlichen Erneuerung müsste deshalb zunächst eine ehrliche Bestandsaufnahme vorangehen. Doch es sieht nicht danach aus, als könne der bevorstehende Wahlkampf diese Selbstfindung befördern.

## MICHAELA WIEGEL

ist Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet als politische Korrespondentin für Frankreich der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und lebt in Paris.  
m.wiegel@faz.de

# EIN PRÄSIDENT IM REGEN

## François Hollandes Amtszeit

*Claire Demesmay*

Kein französischer Staatschef wurde so oft im Regen fotografiert wie François Hollande. Von seinem Amtsantritt im Mai 2012 bleibt das Bild eines frisch gewählten Präsidenten, der im offenen Wagen über die Champs-Élysées fährt – im nassen Anzug und mit beschlagener Brille. Solche Szenen haben sich inzwischen unzählige Male wiederholt, das Fotoalbum der Legislaturperiode ist voll mit Regenbildern. Im Pariser Politbetrieb amüsiert man sich schon lange darüber, und auch Hollande versucht, es mit Humor zu nehmen. Von dem alten Spruch „*gouverner c'est prévoir*“ (Regieren heißt voraussehen) hat er nun seine eigene Interpretation: „*gouverner c'est pleuvoir*“ (Regieren heißt regnen).

Der Regen auf den Bildern seiner Präsidentschaft wäre kaum mehr als eine Anekdote, wenn er nicht auch als Metapher für die Stimmung in Frankreich funktionieren würde. Bereits bei Hollandes Amtsantritt lag Frankreichs Staatsverschuldung auf einem sehr hohen Niveau, und mehrere Ratingagenturen hatten das Land herabgestuft. Auch die Arbeitslosigkeit erreichte Ende 2012 einen neuen Rekord und überschritt erstmals seit 1999 wieder die zehn Prozent; insbesondere die Jugendlichen sind davon betroffen: Ein Viertel von ihnen ist arbeitslos. Diesen Wirtschaftsdaten entsprechend waren die Franzosen schon zu Beginn von Hollandes Amtszeit Weltmeister des Pessimismus.<sup>01</sup>

Diese Stimmung schlägt sich in den Beliebtheitswerten des Präsidenten nieder. Kaum ein Staatschef wurde in Frankreich so schnell unpopulär wie Hollande. Schon drei Monate nach seiner Amtseinführung fiel die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger unter die symbolische Marke von 50 Prozent<sup>02</sup> – bei seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy hatte es immerhin acht Monate gedauert. Diese Unbeliebtheit zog sich wie ein roter Faden durch Hollandes Amtszeit. Im September 2016 wünschte sich eine überwiegende Mehrheit der Französinen und Franzosen, üb-

rigens auch im Lager der Sympathisanten der Sozialistischen Partei (PS), dass Hollande 2017 nicht zur Wiederwahl antrete.<sup>03</sup>

Was sind die Gründe für eine solche Unzufriedenheit? Welche Erwartungen seiner Wählerinnen und Wähler konnte Hollande erfüllen, und welche nicht? Und was sind jenseits der Umfragen die politischen Leistungen seiner Präsidentschaft?

### VERSPRECHEN SOZIALER GERECHTIGKEIT

Ohne die Finanzkrise und ihre langfristigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage im Land wäre François Hollande 2012 wahrscheinlich nicht zum Staatspräsidenten gewählt worden. Die Franzosen waren tief verunsichert. Entsprechend drehte sich der Wahlkampf um grundsätzliche Fragen: Es ging um den Umgang mit der Staatsverschuldung, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den besten Weg, der Jugend wieder eine Perspektive zu geben. Während Hollandes Amtsvorgänger und konservativer Gegenkandidat Nicolas Sarkozy sich schwer tat, in diesen Fragen seine Bilanz zu verteidigen, präsentierte sich Hollande als gemäßigter Kandidat, der die Sanierung des Haushalts mit sozialen Fortschritten vereinbaren wollte. Unter dem Motto „*Le changement, c'est maintenant*“ (Der Wandel beginnt jetzt) setzte er sich für die Aufrechterhaltung der sozialen Rechte und einen Abbau der Ungleichgewichte ein. So versprach er unter anderem 60 000 neue Stellen im öffentlichen Bildungswesen sowie eine Verbesserung der Situation der Jugendlichen beim Eintritt ins Berufsleben, die Wiedereinführung der Rente mit 60 Jahren und eine Reichensteuer von 75 Prozent auf Jahreseinkommen von über einer Million Euro. Die Botschaft war klar: Die Krise müsse gelöst werden, jedoch nicht auf Kosten des französischen Sozialmodells.<sup>04</sup>

Diese Botschaft scheint für Hollandes Wahl von Bedeutung gewesen zu sein. Beim ersten

Wahlgang gaben 65 Prozent seiner Wähler an, dass er in ihren Augen den Wandel verkörpere – deutlich stärker als die rechtsradikale Marine Le Pen aus Sicht ihrer Wähler. Die drei Themen, um die sich Hollandes Wähler am meisten sorgten, waren die Kaufkraft, die Arbeitslosigkeit und die sozialen Ungleichheiten.<sup>05</sup> Am Tag des zweiten Wahlgangs sprach sich eine breite Mehrheit von Hollandes Wählerschaft für grundlegende Veränderungen in der französischen Gesellschaft aus. Über deren Richtung herrschte relativer Konsens: Zwei Drittel legten den Schwerpunkt auf Gleichheit statt auf Freiheit und wünschten sich eine stärkere Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat.<sup>06</sup>

Diese Prioritäten lassen sich zum Teil dadurch erklären, dass die Mehrheit von Hollandes Wählern der Arbeiterklasse oder sozial benachteiligten Gruppen angehörte. Die besten Wahlergebnisse erreichte er bei Leuten mit niedrigeren Einkommen, also bei denjenigen, die am härtesten von der Krise betroffen waren und sich von einem Machtwechsel bessere Lebensbedingungen erhofften.<sup>07</sup> Umso größer war ihre Enttäuschung, als ihnen klar wurde, dass der neue Staatschef nicht all seine Versprechen in den Bereichen Beschäftigungs- und Umverteilungspolitik umsetzen würde.

Zu dieser Desillusion trug zunächst die Schließung des Peugeot-Werks in Aulnay-sous-Bois in der Nähe von Paris bei, die das Unternehmen zwei Monate nach Hollandes Wahl ankündigte. Kurz darauf gab auch ArcelorMittal bekannt, sein Hüttenwerk im lothringischen Florange mit über 2500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schließen zu wollen – ein Flaggschiff der französischen Stahlindustrie. Florange wurde zum Politikum: Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg setzte sich für eine provisorische Nationalisie-

rung von ArcelorMittal ein; zugleich arbeiteten die Sozialisten im Parlament ein Gesetz aus, das Großunternehmen verpflichten sollte, im Falle einer Werkschließung nach einem Aufkäufer zu suchen. Es beruhte auf einem Wahlversprechen Hollandes und wurde im Frühjahr 2014 als *Loi Florange* verabschiedet. Doch inzwischen sind viele Mitarbeiter des Hüttenwerks im Ruhestand oder besetzen eine andere Stelle, und die Hochöfen liegen still. Im kollektiven Bewusstsein der Franzosen steht Florange nun für die Ohnmacht der Politik in Zeiten der Globalisierung und für ein gebrochenes Wort der Sozialisten.

Auch Hollandes gescheiterter Versuch, eine Neuverhandlung des europäischen Fiskalpakts zu initiieren – ein weiteres zentrales Wahlversprechen –, enttäuschte viele seiner Wähler. Davon hatte Hollande sich erhofft, nicht nur einen Teil der Euroskeptiker an sich zu binden, sondern auch seinen Spielraum für die Wiederbelebung des Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erweitern. Zwar stellte er nie die Sanierung des öffentlichen Haushalts infrage, setzte aber als Grundvoraussetzung für Konjunkturprogramme auf eine Änderung des europapolitischen Kurses, den der Fiskalpakt verkörperte. So bemühte er sich um Bündnisse mit europäischen Partnern. In den Monaten nach seiner Wahl traf er sich mehrmals mit den Regierenden Spaniens und Italiens, noch im Wahlkampf war er mit der SPD-Troika aus Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier zusammengekommen. Doch das Vorhaben stieß auf dem europäischen Parkett auf Widerstand. Insbesondere Deutschland stellte sich gegen eine Neuverhandlung des zentralen Regelwerks für Haushaltsdisziplin in der EU. Frankreich konnte im Juni 2012 zwar einen EU-Wachstumspakt durchsetzen, der zur Ergänzung des Stabilitätspakts 120 Milliarden Euro für Investitionen vorsah. Dabei handelte es sich aber in erster Linie um bereits bestehende Fonds, die umorientiert wurden und also keine weiteren Konjunkturprogramme ermöglichten. Den EU-Fiskalvertrag hingegen ratifizierte die Assemblée nationale in unveränderter Form.

In der Folge waren Hollandes Gestaltungsmöglichkeiten für eine ambitionierte Sozialpolitik von Anfang an beschränkt – und das Frustrationspotenzial entsprechend groß. In diesem engen Rahmen entschied er sich dafür, den Fokus auf die Jugend zu legen. Schon im Wahlkampf hatte er angekündigt, die Lebensbedingungen einer „verratenen, aufgeopferten, aufgegebenen“ Jugend verbessern zu wollen

**01** Vgl. BVA/Le Parisien/Aujourd'hui en France, Baromètre mondial de l'espoir économique, Dezember 2011.

**02** Vgl. Ipsos/Le Point, Le baromètre de l'action politique, August 2012.

**03** Vgl. Elabe/BFM TV, Les Français et François Hollande, September 2016.

**04** Vgl. Emilio Grossman/Nicolas Sauger, Un président normal? Presidential (In-)Action and Unpopularity in the Wake of the Great Recession, in: French Politics 12/2014, S. 86–103, hier S. 86.

**05** Vgl. Ipsos/Logica Business Consulting/France Télévisions/Radio France/Le Monde/Le Point, 1<sup>er</sup> tour présidentielle 2012, Comprendre le vote des Français, April 2012.

**06** Vgl. hier und im Folgenden OpinionWay-Fiducial/Le Figaro, Sondage jour du vote au 2<sup>nd</sup> tour présidentielle 2012, Mai 2012.

**07** Vgl. Ipsos et al. (Anm. 5).

– daran müsse der Erfolg seiner Politik gemessen werden, hatte er Anfang 2012 in seiner vielzitierten Wahlkampfreden von Le Bourget verkündet. Am Ende seiner Amtszeit ist die Situation der Jugend in Frankreich nach wie vor düster, insbesondere mit Blick auf die Arbeitslosigkeit<sup>08</sup> – und das, obwohl Hollande in diesem Bereich die meisten seiner Wahlversprechen tatsächlich eingehalten hat.

Im nichtkommerziellen Sektor wurden 150 000 *emplois d'avenir* (Zukunftsstellen) für geringqualifizierte Jugendliche geschaffen – viele davon in *banlieues* und in den Übersee-Departements, wo die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist. Eingeführt wurde auch der „Generationenvertrag“, der Staatshilfen für kleine und mittlere Unternehmen vorsieht, die einen Berufseinsteiger einstellen und zugleich die Stelle eines älteren Arbeitnehmers sichern; von den 500 000 geplanten Verträgen wurden aber wegen mangelnder Nachfrage nur 40 000 abgeschlossen. Auch im Bildungsbereich ist der Präsident auf gutem Wege, sein Hauptversprechen einzuhalten und 60 000 neue Stellen zu schaffen – zumindest sind sie im Haushalt 2017 fest eingeplant. Außerdem wurde die Grundausbildung für Lehrer, die sein Vorgänger Nicolas Sarkozy abgeschafft hatte, wieder eingeführt. Zusätzlich zu diesen Versprechen wurde ein Integrationsprogramm für Jugendliche in prekärer Lage entwickelt (*garantie jeunes*), das neben einer Beihilfe in Höhe der sozialen Mindestsicherung auch eine Unterstützung bei der Arbeitssuche beziehungsweise Ausbildung vorsieht; bis Ende der Legislaturperiode sollen 200 000 Jugendliche an dem Programm teilnehmen.

Wie die Proteste der Bewegung „Nuit debout“ (Nacht auf den Beinen) und die Massendemonstrationen gegen das geplante Arbeitsgesetz im Frühling 2016 zeigten,<sup>09</sup> ist es dem Präsidenten trotzdem nicht gelungen, seine Wählerschaft zu überzeugen. Das liegt zum einen daran, dass sich die Wirtschaftslage in seiner Amtszeit kaum verbessert hat – sei es, weil die Reformen zu kurz oder noch nicht greifen. Zum anderen erkennen sich viele Wähler Hollandes in seiner Wirtschaftspolitik nicht wieder. In dieser Frage ist das linke Lager nach wie vor gespalten.

Während ein Teil der Sozialisten dem freien Markt misstraut und auf einen starken, in die

Wirtschaft intervenierenden Staat setzt, pflegen Präsident und Regierung eine „Angebotspolitik von links“.<sup>10</sup> Ziel ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Der Senkung der Lohnnebenkosten im Rahmen der „Steuergutschrift für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (CICE) in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr folgte bald eine weitere Entlastung der Arbeitgeber, unter anderem durch eine Senkung der Sozialabgaben. Darüber hinaus wurde im Sommer 2016 nach heftigem Protest ein neues Gesetz verabschiedet, das den Arbeitsmarkt flexibilisieren soll (*Loi Travail*). Das Arbeitsrecht wurde gelockert, und in manchen Fragen, etwa in Bezug auf die Arbeitszeit, haben Betriebsvereinbarungen nun Vorrang vor Branchen-Tarifverträgen.

Gleichzeitig entschied sich Hollande in der Haushaltspolitik für einen Konsolidierungskurs. Er verfehlte zwar das Ziel, bis Ende der Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen – laut der aktuellen Zielsetzung soll das Defizit im Wahljahr 2,7 Prozent des BIP betragen. Auch die Schuldenquote stieg weiter und erreichte im Sommer 2016 98,4 Prozent des BIP. Nichtsdestotrotz bemühte sich die Regierung während Hollandes Präsidentschaft, das Ausmaß der Neuverschuldung zu begrenzen. Zu diesem Zweck wurden aber nicht die Staatsausgaben reduziert, die stabil bei 57 Prozent des BIP liegen (der europäische Durchschnitt liegt bei 48 Prozent), sondern vor allem die Steuern der Privathaushalte erhöht: Von 2012 bis 2015 stieg ihre Abgabenquote von 24,18 auf 25,45 Prozent – mit Auswirkungen auf die Kaufkraft.<sup>11</sup> Dies sorgt umso mehr für Unmut, als die Abgabenquote für Unternehmen in derselben Zeit gesunken ist und das Vorhaben einer Reichensteuer schnell aufgegeben wurde.

## SUCHE NACH LINKEN WERTEN

Einem Teil der Sozialisten ist eine solche Politik ein Dorn im Auge. Auch wenn sich die Regierung immer wieder um Zugeständnisse bemüht, wirft der linke Flügel der PS Hollande und seinem Premierminister Manuel Valls vor, den Unternehmen

<sup>08</sup> Siehe auch den Beitrag von Camille Peugny in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

<sup>09</sup> Vgl. Julie Hamann, Frankreichs bewegter Frühling, DGAP-Analyse 6/2016.

<sup>10</sup> Henrik Uterwedde, Angebotspolitik von links, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2014, S. 35–38.

<sup>11</sup> Vgl. Ingrid Feuerstein, Impôts: le bilan fiscal du quinquennat Hollande, 9. 10. 2016, [www.lesechos.fr/economie-france/budget-fiscalite/0211370540342-impots-le-bilan-fiscal-du-quinquennat-hollande-2033547.php](http://www.lesechos.fr/economie-france/budget-fiscalite/0211370540342-impots-le-bilan-fiscal-du-quinquennat-hollande-2033547.php).

zu sehr entgegenzukommen und einen zu strikten Haushaltskonsolidierungskurs zu verfolgen, und plädiert stattdessen für eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Dieser parteiinterne Konflikt schwelt seit den Diskussionen um die Ratifizierung des EU-Fiskalpakts im Mai 2012.

Die kritischen Stimmen wurden lauter, als sich François Hollande 2014 als Sozialdemokrat „outete“ und kurz danach mit Manuel Valls einen Premierminister aus dem liberalen Flügel der PS ernannte. Für den tiefen Riss, den dieser Schritt durch die Partei zog, steht nichts symbolischer als der Rücktritt der drei Minister, die sich der sozialdemokratischen Linie des Präsidenten widersetzen, Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg, Kulturministerin Aurélie Filippetti und Bildungsminister Benoît Hamon, im August 2014. Seitdem machen die *frondeurs* (Rebellen) keinen Hehl aus ihrer Unzufriedenheit mehr und enthalten sich regelmäßig im Parlament, sodass die Regierung im Sommer 2016 das Arbeitsgesetz nach Artikel 49 Absatz 3 der Verfassung verabschiedete, um das Risiko einer Abstimmung in der Nationalversammlung zu vermeiden.

In diesem angespannten Kontext bemühte sich der Präsident schon früh, sein Lager auf dem Terrain der Werte zu einigen. In Bezug auf wirtschaftspolitische Fragen war ein Konsens von Anfang an schwer zu erreichen, anders bei gesellschaftlichen Themen, die mit weniger externen Zwängen verbunden sind.

So wurde die *mariage pour tous* (Ehe für alle) zu einem wichtigen Projekt. Im Wahlkampf hatte sich Hollande klar für ihre Einführung ausgesprochen, und schon im Juni 2012 kündigte Premierminister Jean-Marc Ayrault einen Zeitplan für die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes an. Damals erhielt das Vorhaben nicht nur im linken Lager Zuspruch (81 Prozent), sondern auch eine Mehrheit der französischen Bevölkerung war davon überzeugt (65 Prozent, und immerhin 45 Prozent der Katholiken).<sup>12</sup> Umso überraschender kam der heftige Protest, als das Kabinett im November 2012 den Gesetzentwurf billigte. Mehrere Monate lang demonstrierten Hunderttausende dagegen; seit drei Jahrzehnten hatte es in Frankreich keine vergleichbare Demonstrationswelle gegeben. Verbale Entgleisungen und homophobe Übergriffe begleiteten diese heftige Auseinandersetzung; konservative Bürgermeister drohten, das Gesetz

nicht anzuwenden. Auch wenn die Sozialisten unter diesem Druck auf die Bestimmung über die Fortpflanzungsmedizin verzichteten, gaben sie beim Ehe- und Adoptionsrecht für homosexuelle Paare nicht nach. Das Gesetz, das Justizministerin Christiane Taubira hartnäckig verteidigte, wurde im Frühling 2013 verabschiedet.

Die Diskussion über die gleichgeschlechtliche Ehe spaltete die französische Gesellschaft zutiefst und machte unerwartete Bruchlinien sichtbar. Als Staatspräsident gelang es Hollande nicht, das Klima zu beruhigen. Doch auf indirektem Wege profitierte er dennoch von diesem Streit. Denn ausgerechnet der starke Widerstand, auf den das Gesetz stieß, machte aus dem Vorhaben ein hochpolitisches Symbol des Kampfes für mehr Gerechtigkeit, und dass Hollande standhaft blieb, wird ihm im linken Lager hoch angerechnet.

Der gleichen Logik folgend, setzte sich Hollande schon als Präsidentschaftskandidat für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein. Er versprach nicht nur, mit einem paritätisch besetzten Kabinett zu arbeiten – was er bis auf wenige Ausnahmen umsetzte –, sondern trat auch für Frauenrechte ein. Mehrere Gesetze wurden verabschiedet, etwa zur härteren Bestrafung sexueller Belästigung oder zur Erhöhung der finanziellen Sanktionen gegen Parteien, die weniger als 25 Prozent Frauen in ihre Kandidatenlisten aufnehmen, und Unternehmen, in denen es ein Karriere- und Lohngefälle zwischen Männern und Frauen gibt. Gleichberechtigung ist für die Sozialisten ein wichtiges Thema. In Krisenzeiten zieht eine entsprechende Politik aber wenig Aufmerksamkeit auf sich, sodass ihre integrative Wirkung bei PS-Sympathisanten schwach blieb.

Diese Wirkung hätte sich bei den stärker polarisierenden Themen Integrations- und Zuwanderungspolitik entfalten können – umso mehr, als Sarkozy während seiner Präsidentschaft und auch im Wahlkampf 2012 hier mit dem rechten Rand „gefliert“ hatte. Hollande machte zwar umstrittene Regelungen seines Vorgängers wieder rückgängig. So wurde etwa die Legalisierung des Status von Menschen ohne Aufenthaltspapier vereinfacht und das Solidaritätsdelikt für Bürger abgeschafft, die sie unterstützen. Die Regierung bemühte sich ferner um eine Reform des Asylrechts – allerdings nur bedingt erfolgreich.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Ifop/La lettre de l'opinion, Les Français, les catholiques et les droits des couples homosexuels, August 2012.

<sup>13</sup> Vgl. Mathieu Tardis, Arbeiten Deutschland und Frankreich in der europäischen Flüchtlingskrise zusammen?, DGAP-Analyse 7/2016.



Insgesamt blieb sie aber vorsichtig und verzichtete etwa darauf, die alte Forderung der Sozialisten nach einem Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer umzusetzen, die seit mindestens fünf Jahren in Frankreich leben.

Diese Vorsicht lässt sich nicht zuletzt mit dem Erstarken des Front National erklären.<sup>14</sup> Sowohl bei der Europawahl 2014 als auch im ersten Wahlgang der Regionalwahlen 2015 wurde die rechts-extreme Partei von Marine Le Pen jeweils stärkste politische Kraft. Zunehmend gewinnt sie auch Teile der traditionellen linken Wählerschaft für sich. Aus Angst, weitere Wähler zu verlieren, vermeidet es die Regierung, sich in Fragen der Integrations- und Zuwanderungspolitik zu weit aus dem Fenster zu lehnen.

Vor allem aber verschärfte sich Hollandes Ton nach den Terroranschlägen von 2015 und 2016. Nach dem Angriff auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 appellierte er an den gesellschaftlichen Zusammenhalt und betonte die Werte der französischen Republik: Redefreiheit, Kultur, Schaffenskraft, Pluralismus und Demokratie. Doch als weitere Anschläge im November 2015 folgten, sprach er von einem „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ und entschied sich mit seinem Premier Valls für einen klassischen *Law-and-order*-Ansatz. Der Notstand wurde am 13. November 2015 ausgerufen und seitdem mehrmals verlängert. Er verleiht zivilen Sicherheitskräften besondere Vollmachten und erlaubt ihnen, Freiheitsrechte einzuschränken.<sup>15</sup> Solche Maßnahmen schaffen eine Atmosphäre des Misstrauens und verschärfen gesellschaftliche Spannungen – ausgerechnet dies hatten die Sozialisten unter Sarkozy stets kritisiert, und Hollande hatte im Wahlkampf bekundet, die Nation wieder zur Ruhe bringen zu wollen.

Was das linke Lager noch tiefer spaltete, war allerdings die Debatte über die Verfassungsreform nach den Anschlägen, die auf Hollandes Vorschlag folgte, Terroristen mit doppeltem Pass die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Dies hätte allein Bürger mit Migrationshintergrund betroffen und also auf Diskriminierung beruht. Der Front National, der genau diese Maßnahme seit Jahren fordert, sprang dem Präsidenten sofort bei. Doch

innerhalb seines eigenen Lagers stieß Hollandes „Schielen nach rechts“<sup>16</sup> auf größtes Unverständnis. Die Parteibasis der PS lehnte den Vorschlag entsetzt ab, weil sie darin einen Verrat an linken Werten sah. Prominente PS-Politiker wie die ehemalige Arbeitsministerin Martine Aubry protestierten öffentlich dagegen. Nach Monaten des Streits und dem Rücktritt aus „Selbststachtung“ von Justizministerin Christiane Taubira, der Symbolfigur linker Sozialisten, wurde die Verfassungsreform aufgegeben. Damit war die Wertekrise der Sozialisten aber lange nicht beendet.

### VON EINEM BALANCEAKT ZUM ANDEREN

Sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch bei gesellschaftlichen Themen hat sich François Hollande von seinen Wählern immer weiter entfernt. Die Debatte über die Ausbürgerung führte zu einem ideologischen Bruch, den die Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzes an der Nationalversammlung vorbei im Sommer 2016 endgültig machte. Dabei ist es nicht allein der von Hollande eingeschlagene Kurs, der für Irritationen und Unzufriedenheit sorgt, sondern auch, dass es diesem an Klarheit fehlt.

Seine Rolle versteht der Präsident als die eines Vermittlers und Impulsgebers, der sich aus politischen Streitfragen heraushält und das Tagesgeschäft seinem Premierminister überlässt. Vor allem aber hat er den Anspruch, unterschiedliche, gar widersprüchliche Positionen zu vereinbaren.<sup>17</sup> Das spiegelte zu Beginn seiner Amtszeit die Zusammensetzung des Kabinetts wider. Die Reaktion der Regierung auf die angekündigte Werksschließung von Peugeot im Juli 2012 offenbarte eine Rollenverteilung zwischen den Ministern: Während Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg als weißer Ritter öffentlich gegen die Führung des Automobilherstellers wettete, bemühte sich Arbeitsminister Michel Sapin um eine sachliche Diskussion zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftern. Eine solche Rollenverteilung bietet zwar die Chance, die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen und Parteiflügel zu bedienen – zumindest rhetorisch. Zugleich birgt

**14** Siehe hierzu auch den Beitrag von Jean-Yves Camus in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**15** Vgl. Claire Demesmay/Ronja Kempin, Ein Land im Kampf – Frankreich und der Terrorismus, SWP-Aktuell 37/2016.

**16** Rudolf Walther, Frankreich in der Eskalationsspirale, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2016, S. 21–24, hier S. 21.

**17** Vgl. Claire Demesmay, François Hollande erprobt einen neuen Regierungsstil in Frankreich, DGAP-Kompakt 6/2012.

sie jedoch die Gefahr, verwirrende Signale zu senden, wenn die Kabinettsarbeit nicht ausreichend orchestriert und die Kommunikation nach außen mangelhaft ist.

Inzwischen sind im Kabinett nur noch Minister vertreten, die der sozialdemokratischen Linie des Präsidenten treu sind. Nichtsdestotrotz hält Hollande nach wie vor an seinem Anspruch fest, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Das jüngste Beispiel ist das Arbeitsgesetz. In linken Kreisen gilt es als Symbol eines autoritären Regierungsstils, da es ohne Abstimmung in der Assemblée nationale verabschiedet wurde. Doch im Vorfeld gab es ausführliche Diskussionen unter Beteiligung der gemäßigten Gewerkschaft CFDT, woraufhin die Regierung durchaus Kompromisse einging und den ersten Gesetzentwurf abschwächte. Doch statt die Gemüter zu beruhigen, stimmte die Suche nach Kompromissen alle Seiten unzufrieden: Während Arbeitnehmer und Gewerkschaften die Zugeständnisse der Regierung für unzureichend halten, sind Arbeitgebervertreter der Meinung, dass die Aufweichung der Reform zu weit geht, sodass sie kaum wirken wird.

In der Tat stellt sich nach einem solchen Ausbalancieren auch die Frage nach dem Erreichten. Nicht selten gibt es viel Lärm um nichts, wie die Territorialreform zeigte: Zur Reduzierung der öffentlichen Ausgaben wollte die Regierung Regionen zusammenlegen und die 101 Departements abschaffen – von 12 bis 25 Milliarden Euro Einsparungen war anfangs die Rede. Nach heftigem Streit und einem weiteren Balanceakt des Präsidenten steht nun das Gesetz: Seit 2016 gibt es nur noch 13 (statt 22) Regionen, doch die Zahl der Regionalräte hat sich nicht verändert, und die Departements bleiben bestehen. Welche Wirkung die Reform im Endeffekt auf die öffentlichen Finanzen haben wird, ist fraglich.

Dabei macht ein kompromissorientierter Ansatz in einem Land wie Frankreich durchaus Sinn. Denn seit Jahrzehnten ist es von Blockaden und konfrontativen Verhältnissen zwischen den Tarifpartnern geprägt, die Reformen erschweren und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik schwächen. Hollande hat das Problem erkannt. Um Spannungen abzubauen, setzte er auf eine Modernisierung des sozialen Dialogs. In diesem Sinne wurde das Arbeitsministerium gleich im Sommer 2012 beauftragt, eine „große Sozialkonferenz“ zu organisieren, um die Tarifpartner an den Entscheidungsprozessen in Bezug auf

den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Ausbildungspolitik und die Rentenreform zu beteiligen. Andere Treffen folgten, aber der Erfolg blieb bescheiden. Denn mit Ausnahme der CFDT, die sich von Anfang an konstruktiv an den Reformdiskussionen beteiligte, halten die Gewerkschaften am alten Konfrontationskurs fest. Ein Gesetz über den sozialen Dialog, das die Regierung 2015 beschloss, soll nun den Austausch zwischen den Sozialpartnern in den Unternehmen verbessern.

In Krisenzeiten sind Zuhören und Kompromissbereitschaft wichtige Führungsqualitäten, um Blockaden zu vermeiden. Doch müssen sie auch von Überzeugungs- und Durchsetzungskraft begleitet sein. In den vergangenen Jahren hat François Hollande jedoch selten ein Machtwort gesprochen. Eine Ausnahme bildeten seine unmittelbaren Reaktionen auf die Terroranschläge von Januar und November 2015. Bei diesen traurigen Anlässen schien der Präsident den Umfragen zufolge den Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden. Als Vater der Nation, der an den gesellschaftlichen Zusammenhalt appelliert, gelang es ihm, sich Respekt zu verschaffen. Und als energischer Kriegsherr, der sich für Auslandseinsätze in Mali, Zentralafrika und Syrien entschied, erntete er parteiübergreifend Zuspruch. In diesen Situationen konnte er die Autorität und die stolze Haltung verkörpern, die sich die Franzosen von ihrem Staatsoberhaupt wünschen. In der Regel aber wird Hollande als zögerlicher Präsident wahrgenommen, der sich weder entscheiden noch durchsetzen kann.

Sogar die Regenbilder tragen zu diesem Eindruck bei. Auf einem Foto der Feierlichkeiten zum 70. Jubiläum der Befreiung von Nazi-Deutschland im Sommer 2014 ist der Präsident zu sehen, wie er bei sintflutartigem Regen völlig durchnässt eine Rede hält. Auf Nachfrage von Journalisten erklärte ein Sprecher des Elysée-Palasts, Hollande habe damit seine Widerstandskraft signalisieren und zeigen wollen, dass er nicht über dem Volk stehen mag. Doch in den sozialen Netzwerken sorgte das Foto für Spott. Die Franzosen hätten sich vielmehr einen Präsidenten gewünscht, der sich sofort einen Regenschirm bringen lässt.

#### CLAIRE DEMESMAY

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und leitet das Frankreich-Programm der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin.  
demesmay@dgap.org

# OPFERT FRANKREICH SEINE JUGEND?

## Eine Bestandsaufnahme

*Camille Peugny*

Viele junge Berufstätige und Studierende in Frankreich zeigten während der massiven Demonstrationen gegen das neue Arbeitsgesetz im Frühjahr 2016 ihre Wut über einen aus ihrer Sicht weiteren Angriff auf ihre Generation. Dem Beispiel der spanischen „Indignados“ folgend, versammelten sich über den gleichen Zeitraum Hunderte junge Männer und Frauen jeden Abend auf dem Place de la République in Paris, um gemeinsam über den Aufbau einer anderen Gesellschaft nachzudenken.

Dass in Frankreich seit einigen Jahren junge Leute bei sozialen Bewegungen stark vertreten sind, mag angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten, denen sie in ihrem Land begegnen, kaum verwundern. In den Augen mancher opfert Frankreich seine Jugend – durch einen politischen Kurs, der in erster Linie den älteren Generationen zugutekommt.

### DOPPELT GESTRAFT?

Für die These einer „geopferten“ französischen Jugend gibt es Indikatoren zu genüge, angefangen bei der schwierigen Arbeitsmarktsituation. Frankreich gehört zu den EU-Ländern, in denen die Arbeitslosenquote bei unter 25-Jährigen besonders hoch ausfällt: 2016 lag sie laut Eurostat bei rund 24 Prozent. Darüber hinaus befinden sich junge Leute in Frankreich häufig in einem unsicheren Arbeitsverhältnis: So verfügten 2014 nur 34 Prozent der Erwerbstätigen zwischen 15 und 24 Jahren über einen unbefristeten Vollzeitvertrag, während 36 Prozent prekär beschäftigt waren (befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, staatlich geförderte Beschäftigungen, Praktika) und das restliche Drittel die Ausbildung noch nicht abgeschlossen hatte. Vor dem Hintergrund, dass in der französischen Gesellschaft ein unbefristeter Arbeitsvertrag die Eintrittskarte für den Wohnungsmarkt darstellt, liegt nahe, wie niedrig der Lebensstandard vieler junger Leute in Frank-

reich ist und welche Hürden sie auf dem Weg in die Eigenständigkeit nehmen müssen.

Es wäre keine Übertreibung, die Berufsanfänger auf dem französischen Arbeitsmarkt als Anpassungsvariable zu bezeichnen: In der Tat sind es in erster Linie ebendiese neuen Marktteilnehmer, die in den Teufelskreis aus unsicheren Arbeitsplätzen und Phasen der Arbeitslosigkeit geraten. Nach Berechnungen des französischen Generalkommissariats für Strategie und Vorausschau, France Stratégie, waren zehn Prozent der 2013 erwerbstätigen Franzosen unter 25 Jahren im darauffolgenden Jahr ohne Arbeit, während es bei der Altersgruppe der über 40-Jährigen weniger als drei Prozent waren.<sup>01</sup>

Ein weiterer Indikator ist die zunehmende Armut unter jungen Leuten in Frankreich, die meist direkt mit ihren Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängt. Waren bis zu Beginn der 1980er Jahre die höchsten Armutsquoten bei den älteren Altersklassen zu verzeichnen, so sind nunmehr hauptsächlich junge Menschen betroffen: 2012 lebten 23 Prozent der jungen Franzosen zwischen 18 und 24 Jahren unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des Median-Einkommens, gegenüber acht Prozent der über 60-Jährigen. Diese Diskrepanz hat sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts verschärft: Die Armutsquote unter den 18- bis 24-Jährigen ist zwischen 2002 und 2012 um fast sechs Prozentpunkte gestiegen, während die der über 60-Jährigen um mehr als einen Prozentpunkt gesunken ist.<sup>02</sup>

Die zunehmende Armut unter jungen Franzosen ist auch unmittelbar mit politischen Entscheidungen verknüpft: So hatten die unter 25-Jährigen lange kein Anrecht auf Sozialhilfeleistungen wie die Grundsicherung im Rahmen des Mindesteinkommens zur Eingliederung (*Revenu Minimum d'Insertion*, RMI), das 2009 durch das Aktive Solidaritätseinkommen (*Revenu de Solidarité Active*, RSA) ersetzt wurde. Theoretisch können sie mittlerweile das RSA beziehen, doch die Bedin-

gungen hierfür sind dermaßen streng (Vollzeitarbeit über mindestens zwei der drei dem Antrag vorangehenden Jahre), dass nur wenige Tausend junge Franzosen diese Unterstützung tatsächlich in Anspruch nehmen können. Von der sozialen Absicherung ausgeschlossen, sind sie somit umso mehr dem Armutsrisiko ausgesetzt.

Generell konzentrieren sich die Ausgaben der öffentlichen Hand in Frankreich deutlich auf die höheren Altersklassen: Nach Berechnungen von France Stratégie sind zwischen 1979 und 2011 die Staatsausgaben zugunsten der über 60-Jährigen um 50 Prozent auf 17 Prozent des BIP gestiegen, während die Ausgaben für die unter 25-Jährigen bei rund neun Prozent des BIP stagnierten<sup>03</sup> – ein weiterer Indikator für den Stellenwert der Jugend in Frankreich.

Abgesehen von Beschäftigungsniveau und Lebensstandard der jungen Franzosen kritisieren manche auch ihre geringen Einflussmöglichkeiten: In einer Gesellschaft, in der laut den Soziologen Christian Baudelot und Roger Establet Ältere mehr Macht- und Reichumspositionen als je zuvor besetzen, blieben Jüngere davon ausgeschlossen.<sup>04</sup> Als Beispiel sei hier die Nationalversammlung angeführt, in der es 1981 ebenso viele Abgeordnete unter 40 wie über 60 Jahren gab, während dasselbe Verhältnis bei der 2007 gewählten Nationalversammlung bei eins zu neun lag;<sup>05</sup> derzeit liegt es bei rund eins zu acht. Die französische Jugend scheint somit doppelt gestraft: Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten steht sie an vorderster Front; zugleich ist ihr der Zugang zu jenen Positionen erschwert, die auf einen gesellschaftlichen Wandel hinwirken könnten.

Soweit die Fakten, die die Lage weiter Kreise der Jugend in Frankreich veranschaulichen. Allerdings muss dieses Gesamtbild anhand von mindestens zwei Präzisierungen differenziert werden.

**01** Vgl. Jean Flamand, *Dix ans de transitions professionnelles: un éclairage sur le marché du travail français*, France Stratégie, Document de travail, März 2016.

**02** Vgl. Camille Peugny, *Le destin au berceau. Inégalités et reproduction sociale*, Paris 2013.

**03** Vgl. Hippolyte d'Albis/Pierre-Yves Cusset/Julien Navaux, *Les jeunes sont-ils sacrifiés par la protection sociale?*, France Stratégie, Note d'analyse 37/2016.

**04** Vgl. Christian Baudelot/Roger Establet, *Avoir trente ans en 1968 et 1998*, Paris 2000, S. 61.

**05** Vgl. Louis Chauvel, *L'âge de l'Assemblée (1946–2007)*. Soixante ans de renouvellement du corps législatif: bientôt la troisième génération, 22.10.2007, [www.laviedesidees.fr/L-age-de-l-Assemblee-1946-2007,81.html](http://www.laviedesidees.fr/L-age-de-l-Assemblee-1946-2007,81.html).

Zum einen ist Frankreich nicht das einzige Land in Europa, in dem junge Leute auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen haben. Im Durchschnitt liegt die Arbeitslosenquote unter jungen Erwerbstätigen innerhalb der EU laut Eurostat bei über 19 Prozent, mit Werten, die 52 Prozent in Griechenland, 46 Prozent in Spanien, 37 Prozent in Italien und 31 Prozent in Portugal erreichen. Die oft als Vorbild angeführten skandinavischen Länder stehen dem aber mit Arbeitslosenquoten von 22 Prozent unter jungen Erwerbstätigen in Finnland und 19 Prozent in Schweden kaum nach. Auch wenn andere Länder hier wesentlich besser abschneiden (sieben Prozent in Deutschland, elf in Dänemark und 13 in Großbritannien), so gibt es doch keine *exception française*.

Zum anderen ist diese Situation nicht vollkommen neu. Die Arbeitslosenquote unter jungen Erwerbstätigen in Frankreich lag bereits zu Beginn der 1980er Jahre bei über 25 Prozent und verharrt seitdem in Abhängigkeit von Konjunkturschwankungen auf mehr oder weniger hohem Niveau, wobei der Wert in dieser Altersgruppe stets zwei- bis dreimal höher ausfällt als für den Rest der Bevölkerung. Die französische Jugend der 2010er Jahre ist also nicht die erste Krisengeneration, und ferner scheint es sich bei der Situation der jungen Franzosen um ein strukturelles Problem zu handeln.

## SOZIALE UNGLEICHHEITEN

Die beschriebenen Schwierigkeiten von Hunderttausenden jungen Menschen haben in Frankreich eine lebhaft diskutierte Diskussion über das Ausmaß der Ungleichheiten ausgelöst, die zwischen den Generationen bestehen. In der Tat belegen seit den 1990er Jahren zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche, soziologische oder statistische Studien bedeutende Unterschiede beim Gehalt sowie allgemeiner beim Zugang zu den sichersten und einkommensstärksten Arbeitsplätzen. So nahmen die 30-Jährigen der 1990er Jahre im Vergleich zu den 30-Jährigen der 1970er Jahre eine weitaus niedrigere Position in der sozialen Hierarchie ein.<sup>06</sup>

Diese empirische und dezidierte Darstellung der Ungleichheiten zwischen den Generationen in der öffentlichen Diskussion verschiebt

**06** Vgl. ders., *Le destin des générations. Structure sociale et cohortes en France au XX<sup>ème</sup> siècle*, Paris 1998.

sich mit Beginn der 2000er Jahre hin zu der Frage nach der Verantwortung der Baby-Boomer-Generation: Ihr wird vorgeworfen, über ihre Verhältnisse gelebt und die Früchte des Wirtschaftswachstums der Nachkriegszeit verschleudert zu haben.<sup>07</sup> Diese Zuspitzung führt zu einer künstlichen Homogenisierung der Generationen und erschwert es, der Komplexität der gegenwärtigen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Zwar ist der Lebensstandard der Rentner in Frankreich – angehoben durch die Pensionierung der ersten Baby-Boomer – insgesamt noch nie so hoch gewesen, doch ziehen sich starke Ungleichheiten durch diese Altersklasse. So beziehen Tausende ehemalige Angestellte und Arbeiter sehr bescheidene Renten. Auch die heutige Jugend Frankreichs bildet selbstverständlich keine homogene Einheit, und entsprechend sind die jungen Franzosen auch nicht alle denselben Problemen ausgesetzt.

Wie auch andernorts sinkt das Risiko der Arbeitslosigkeit mit zunehmendem Bildungsgrad. Die seit 2008 andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Diskrepanz zwischen der Arbeitslosenquote der 15- bis 29-Jährigen ohne Abschluss, die 2015 bei mehr als 40 Prozent lag, und mit Hochschulabschluss, 2015 bei rund zehn Prozent, noch weiter verschärft.<sup>08</sup> Das Schicksal der Zehntausenden, die jedes Jahr ohne Abschluss von der Schule gehen oder bestenfalls die Mittlere Reife (*Brevet des Collèges*) in der Tasche haben, erscheint daher besonders besorgniserregend. Ebendiese jungen Leute ohne Abschluss, die vor allem am Stadtrand und in ländlichen Gebieten leben, sind die primären Opfer der Wirtschaftskrise, während 2013 mehr als 90 Prozent der Master-Absolventen von 2010 erwerbstätig waren und in neun von zehn Fällen sogar über unbefristete Arbeitsverträge verfügten.<sup>09</sup>

Ferner sind gesellschaftliche und berufliche Laufbahnen in Frankreich eng mit der sozialen Herkunft verbunden. So übten Anfang der 2010er Jahre 72 Prozent der Personen, deren Väter Arbeiter oder geringqualifizierte Arbeitnehmer waren, einige Jahre nach ihrem Schulabgang

ihrerseits einen Arbeiterberuf oder eine geringfügige Beschäftigung aus. Zu Beginn der 1980er Jahre hatte dieser Prozentsatz bei 82 Prozent gelegen.<sup>10</sup> Auch wenn dieser Rückgang von einer leichten Verbesserung der Chancen für einen sozialen Aufstieg von Kindern aus der unteren Bevölkerungsschicht zeugt, so unterstreicht er dennoch das nach wie vor hohe Ausmaß der Reproduktion von Ungleichheiten in der französischen Gesellschaft. In der Tat arbeiteten zur gleichen Zeit 70 Prozent der Personen, deren Väter eine leitende Stellung innehatten, einige Jahre nach Abschluss ihres Studiums ihrerseits in einer leitenden Funktion oder auf der mittleren Führungsebene. Die jungen Leute in Frankreich sehen sich also keineswegs alle der gleichen sozialen Dynamik gegenüber.

### SCHRITT IN DIE EIGENSTÄNDIGKEIT

Dies vermag die französische Gesellschaft offenbar nicht aufzufangen, wie ein Blick auf die Bedingungen zeigt, unter denen junge Leute in Frankreich den Schritt ins Erwachsenenalter und in eine eigenständige Lebensführung bewältigen.

Von zentraler Bedeutung bei diesem Prozess ist das Bildungswesen. Mit Blick auf den Schulbereich lassen die Ergebnisse der PISA-Studie darauf schließen, dass Frankreich das untersuchte Land ist, in dem sich die soziale Herkunft am stärksten auf die schulischen Leistungen auswirkt. Die frühzeitigen und wiederholten Evaluationen weisen sogar darauf hin, dass die ursprünglich zwischen den Schülern bestehenden Ungleichheiten, die mit ihrer sozialen Herkunft zusammenhängen, sich in den ersten Schuljahren noch verstärken. Im Hochschulbereich steht die breite Öffnung der 1960er Jahre zwar für eine regelrechte Revolution, und während Kinder, deren Väter Arbeiter oder geringqualifizierte Angestellte waren, die ihre Schullaufbahn über die französische Primarstufe hinaus fortführten, gegen Ende der 1950er Jahre noch eine sehr kleine Minderheit ausmachten, so stehen sie heute für ein Viertel der Hochschulstudenten.<sup>11</sup> Doch in eine echte Demokratisierung mündete diese Öffnung letztlich insofern nicht, als das Bildungswesen

<sup>07</sup> Vgl. etwa Laurent Guimier/Nicolas Charbonneau, *Génération 69: les trentenaires ne vous disent pas merci*, Paris 2005.

<sup>08</sup> Vgl. Centre d'études et de recherche sur les qualifications (CEREQ), *Génération 2010: Enquête 2013*, [www.cereq.fr/sous-themes/Enquetes-Generation-Sous-Themes/Generation-2010-enquete-2013](http://www.cereq.fr/sous-themes/Enquetes-Generation-Sous-Themes/Generation-2010-enquete-2013).

<sup>09</sup> Vgl. ebd.

<sup>10</sup> Vgl. Peugny (Anm. 2).

<sup>11</sup> Vgl. Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche, *Repères et Références statistiques 2016*, Paris 2016, S. 181.

sich zunehmend verästelte und sich eine Überrepräsentation von Schülern aus den sozial privilegierteren Schichten in den renommierten Zweigen entwickelte, die bis heute anhält.

Das ist umso besorgniserregender, als der Abschluss in Frankreich die gesamte Berufslaufbahn besonders stark beeinflusst: So sind Niveau und Art des Abschlusses in der Tat nicht nur entscheidend für die Schnelligkeit der Integration in den Arbeitsmarkt oder die Qualität der Erstanstellung, sondern bleiben während der gesamten Karriere ein entscheidendes Kriterium. Davon zeugt insbesondere, dass berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten Führungskräften und Angestellten auf der mittleren Führungsebene häufiger zugutekommen als geringqualifizierten Angestellten: Je besser der ursprüngliche Abschluss, desto höher die Wahrscheinlichkeit, eine berufliche Weiterbildung in Anspruch nehmen zu können.<sup>12</sup> Anstatt Ungleichheiten auszubügeln, trägt somit auch die berufliche Weiterbildung dazu bei, sie zu verschärfen. Die Funktionsweise des französischen Bildungswesens scheint also die frühe Festlegung des Lebensweges junger Leute insgesamt eher noch zu begünstigen.

Doch nicht allein das Bildungswesen kommt auf dem Weg in die Autonomie zum Tragen. Dazu liefert die Vergleichsstudie der Soziologin Cécile Van de Velde wertvolle Erkenntnisse.<sup>13</sup> Aus ihren Analysen leitet sie in Abhängigkeit der Charakteristiken des Bildungssystems, des Typus des Wohlfahrtsstaates und der nationalen Kultur drei verschiedene Modelle ab.

In Dänemark ebenso wie in den anderen skandinavischen Ländern gilt die Jugend als eine lange Lebensphase, in der junge Leute sich die Zeit nehmen können, um sich im Prozess ihrer persönlichen Entwicklung „selbst zu finden“. Ein entschlossenes Eingreifen des Staates ermöglicht vielfältige Erfahrungen, etwa durch eine direkte und universale finanzielle Unterstützung in Höhe von rund 800 Euro, die alle jungen Dänen in Form von 72 „Monatsgutscheinen“ erhalten und flexibel und ohne Altersgrenze eingesetzt werden kann. Dadurch

wird ein fließender Übergang zwischen Ausbildung und Beruf gefördert.

Im liberalen Großbritannien bedeutet das Erwachsenwerden in erster Linie, „für sich selbst aufzukommen“. Bei diesem individuellen Emanzipationsprozess kommt dem Markt eine zentrale Rolle zu: dem Arbeitsmarkt, denn fast alle Studenten arbeiten nebenher, und dem Finanzmarkt, um sich durch Kredite das Studium zu finanzieren.

In Spanien und anderen Ländern des Mittelmeerraums geht es für die jungen Leute darum, „sich niederzulassen“. Hier steht die Familie im Zentrum: Sie begleitet den jungen Menschen bis zur beruflichen und finanziellen Eigenständigkeit und kommt bis zum späten Verlassen des Elternhauses für ihn auf.

Das französische Modell ist nicht ganz eindeutig zuzuordnen. Zwar hält sich der Staat nicht vollständig aus dieser Lebensphase heraus, denn er finanziert Stipendien und Wohngelder für Studierende, und auch der Markt spielt eine Rolle, denn Schätzungen zufolge arbeitet etwa die Hälfte der Studierenden in Frankreich.<sup>14</sup> In Wirklichkeit aber ist es zu einem Großteil die Familie, die den Weg der jungen Franzosen in die Eigenständigkeit schultert: Die direkte finanzielle Unterstützung der Eltern für ihre studierenden Kinder machte 2013 fast die Hälfte von deren durchschnittlichem Monatsbudget aus.<sup>15</sup> Letztlich ist das französische Modell somit nicht allzu weit vom spanischen entfernt, spielt doch in beiden Ländern die Familie eine tragende Rolle.

Diese wichtige Funktion der Familie auf dem Weg ins Erwachsenenalter wirkt in Frankreich mit der sozialen Vorprägung des schulischen Wettbewerbs und der enormen Bedeutung des Abschlusses für die gesamte weitere berufliche Laufbahn zusammen, um das Schicksal der jungen Franzosen sehr früh zu besiegeln. Insgesamt kann festgehalten werden: Die französische Gesellschaft gibt ihren jungen Leuten meist keine echte zweite Chance.

## FÜR EINEN POLITISCHEN VORSTOSS

In einer Zeit, in der die Dauer der beruflichen Laufbahnen zunimmt, ist es nicht hinnehmbar, dass die Würfel bereits im Alter von 17 oder

<sup>12</sup> Vgl. CEREQ, *Quand la formation continue. Repères sur les pratiques de formation des employeurs et des salariés*, 2009, [www.cereq.fr/content/download/643/10223/file/QFC.pdf](http://www.cereq.fr/content/download/643/10223/file/QFC.pdf).

<sup>13</sup> Vgl. Cécile Van de Velde, *Devenir adulte. Sociologie comparée de la jeunesse en Europe*, Paris 2008.

<sup>14</sup> Vgl. Jean-François Giret/Cécile Van de Velde/Elise Verley, *Les vies étudiantes. Tendances et inégalités*, Paris–Vanves 2016.

<sup>15</sup> Vgl. ebd.

23 Jahren nach Abschluss der ersten Ausbildung fallen. Um das zu ändern, sind entsprechende politische Weichenstellungen notwendig.

In der Tat verdichten sich die Ergebnisse verschiedener Studien zu dem Schluss, dass Markt und Familie weniger effizient sind als der Staat, wenn es darum geht, Ungleichheiten zu nivellieren, die mit dem sozialen Milieu zusammenhängen, in das man geboren wird. So zeigen OECD-Studien zur Weitergabe von Einkommensunterschieden von Generation zu Generation tendenziell ein geografisches Gefälle in Europa: Je weiter man sich gen Norden bewegt, desto schwächer wird die soziale Reproduktion, wobei Frankreich innerhalb dieses Rankings zwar besser platziert ist als Spanien, aber hinter Deutschland und den skandinavischen Ländern.<sup>16</sup> Andere Arbeiten unterstreichen das schwache Abschneiden „liberaler“ Länder wie Großbritannien oder den USA, in denen Einkommensvorteile in 40 bis 50 Prozent der Fälle von Vätern an ihre Söhne weitergegeben werden.<sup>17</sup>

Entsprechend unterschiedlich blicken die jungen Leute in den verschiedenen Ländern auch in die Zukunft: Sämtliche europäische Erhebungen zeigen, dass sich die jungen Skandinavier durch einen außerordentlichen Optimismus auszeichnen. So haben sich etwa im European Social Survey noch vor Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 junge Dänen, Schweden und Norweger bei der Bewertung des Grades ihrer Besorgnis hinsichtlich ihres zukünftigen Lebensstandards (von der Note 0 „überhaupt nicht besorgt“ bis zur Note 10 „sehr besorgt“) eine durchschnittliche Note unter 4 zugeteilt, während sich die jungen Deutschen, Franzosen, Spanier und Briten mit Durchschnittsnoten zwischen 5,5 und 6,5 deutlich beunruhigter zeigten.

Zwar waren die jungen Franzosen nicht die einzigen mit Zukunftssorgen. Aber als sie zu dem Platz befragt wurden, den die französische Gesellschaft ihnen einräumt, gaben unvergleichlich hohe 51 Prozent an, ihnen werde nicht ermöglicht zu zeigen, wozu sie „wirklich fähig sind“; 2013, nach einigen Jahren strenger Wirtschafts-

krise, lag dieser Wert bei der großangelegten Umfrage „Génération Quoi?“ von France Télévision bei über 70 Prozent.

Frankreich sieht sich mit Blick auf seine junge Generation somit zwei Notwendigkeiten gegenüber: Zum einen gilt es zu verhindern, dass die in den ersten Lebensjahren angetroffenen Schwierigkeiten „Narben“ hinterlassen und sich auf das ganze weitere Leben auswirken. Die sozialen Ungleichheiten, die innerhalb der jungen Generation immer stärker werden, und ihre Reproduktion müssen gezielt bekämpft werden. Zum anderen ist es ebenso wichtig, die Ungleichheiten auszuräumen, die sich zwischen den Generationen vertiefen.

Zur Verwirklichung dieses zweifachen Ziels müssen die Bedingungen, unter denen die jungen Franzosen eigenständig werden, vollständig überdacht werden. In diesem Zusammenhang könnte der Ansatz der nordeuropäischen Länder inspirieren, in denen der Staat die sensible Lebensphase des Übergangs ins Erwachsenenalter intensiv begleitet – auch wenn kein Modell eins zu eins übertragen werden kann. Insbesondere ginge es darum, die Altersgrenzen für die soziale Absicherung abzubauen, um den unter 25-Jährigen denselben Schutz zukommen zu lassen wie dem Rest der Bevölkerung, sowie um die Einrichtung eines allen zugänglichen Systems zur beruflichen Weiterbildung.

Doch auch über die Grenzen Frankreichs hinaus sollten die europäischen Staaten den Platz hinterfragen, den sie ihrer Jugend einräumen: In den alternden Gesellschaften, von denen jede einzelne mit den Auswirkungen der aufeinanderfolgenden Wirtschaftskrisen zu kämpfen hat, braucht es mehr denn je einen echten politischen Vorstoß zugunsten der jungen Leute, damit es auf europäischer Ebene nicht zu einer tatsächlich geopfert Generation kommt.

Übersetzung aus dem Französischen:  
Sandra Uhlig, Bonn.

**CAMILLE PEUGNY**

ist promovierter Soziologe und lehrt an der  
Universität Paris VIII.

camille.peugny@univ-paris8.fr

<sup>16</sup> Vgl. etwa Orsetta Causa et al., *Intergenerational Social Mobility in European OECD Countries*, OECD Economics Department Working Paper 709/2009.

<sup>17</sup> Vgl. etwa Miles Corak, *Do Poor Children Become Poor Adults? Lessons from a Cross Country Comparison of Generational Earnings Mobility*, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, IZA Discussion Paper 1993/2006.

# AN DER SCHWELLE ZUR MACHT?

## Der Front National zwischen Normalisierung und Isolation

*Jean-Yves Camus*

Wer das Amt des französischen Staatspräsidenten die kommenden fünf Jahre innehaben wird, bestimmen die Französinen und Franzosen am 23. April und 7. Mai 2017. Zum jetzigen Zeitpunkt steht die Liste der Kandidaten noch nicht endgültig fest. Erst Ende Januar 2017 werden die *primaires* (Vorwahlen) der verschiedenen Lager abgeschlossen sein.

Gleichwohl gibt es zwei Gewissheiten: Zum einen wird für den Front National (FN) Marine Le Pen als Kandidatin antreten. Zum anderen wird sie, wenn sie auch im ersten Wahlgang 26 bis 30 Prozent der Stimmen erhalten dürfte, im zweiten Wahlgang sicher unterliegen. Die zwei wesentlichen Varianten, die das Markt- und Meinungsforschungsinstitut BVA in einer am 21. Oktober 2016 veröffentlichten Umfrage zu den Wahlabsichten der Franzosen durchgespielt hat und die von Nicolas Sarkozy oder Alain Juppé als Kandidat der bürgerlichen Republikaner ausgehen, sind eindeutig: Sarkozy und Juppé würden mit 58 beziehungsweise 68 Prozent der Stimmen gegen Le Pen obsiegen. Die Linke wird es allen aktuellen Prognosen zufolge nicht in den zweiten Wahlgang schaffen.

Bemerkenswert an diesen Vorhersagen ist mit Blick auf den zweiten Wahlgang mithin nicht das Ergebnis, sondern der Stimmenanteil zugunsten des FN. Während der ehemalige Parteivorsitzende Jean-Marie Le Pen im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002 im Rennen gegen Jacques Chirac 17,79 Prozent erzielte, wird seine Tochter beim Aufstieg der Partei offenbar eine weitere Hürde nehmen und die „gläserne Decke“ des FN durchbrechen, die seit dem ersten Wahlgang der Regionalwahlen im Dezember 2015 bei 27,73 Prozent der Wählerstimmen liegt.

Es stellt sich also die Frage nach der Zukunft des FN: Ist er, wie seine Protagonisten behaupten, im Begriff, die politische Macht zu übernehmen? Oder wird er weiterhin in der Rolle einer, wenn auch wichtigen, Protestpartei gegen die bürgerliche

und liberale Rechte und die sozialdemokratische Linke verharren? Eine Annäherung an diese Frage bedarf zunächst einer kurzen Bestandsaufnahme des von Marine Le Pen 2011 eingeleiteten Prozesses der „Entdämonisierung“ der Partei sowie einer soziologischen Verortung der FN-Wählerschaft, um schließlich herauszufiltern, welche Ressourcen der Partei zur Verfügung stehen und welche Hemmnisse ihre Entwicklung weiterhin behindern.

### ENTDÄMONISIERT?

Als Marine Le Pen 2011 den Parteivorsitz des FN übernahm, bemühte sie sich sofort um eine Kapung der ideologischen Verbindungen ihrer Partei zum historischen Rechtsextremismus, dem der FN seit seiner Gründung 1972 zweifellos zuzurechnen war.

Hierbei handelt es sich nicht um Polemik, sondern um historische Fakten: Der FN war bis zu Beginn der 1980er Jahre ein Konglomerat zahlreicher Splittergruppen, von der antigauillistischen nationalistischen Rechten bis hin zu Neonazis. Davon zeugen etwa die Aktivitäten der Strömung um das maßgeblich von ehemaligen Freiwilligen der Waffen-SS verfasste Blatt „Militant“ innerhalb der Partei<sup>01</sup> sowie die Kandidatur mehrerer Funktionäre der dem nationalsozialistischen Spektrum zugehörigen Föderation für Nationale und Europäische Aktion für den FN bei den Parlamentswahlen 1978. Dass all diese rechtsextremen Gruppen in den Reihen des FN vertreten waren, war der Notwendigkeit geschuldet, Mitstreiter und Kandidaten zu finden, um jenes politische Lager wieder aufzubauen, das 1945 durch die *épuration* (politische Säuberung) und später durch die Marginalisierung der Anhänger einer *Algérie française* geschwächt war.

Wenngleich die Vergangenheit einiger FN-Kader für Jean-Marie Le Pen kein Problem dar-



stellte – war er doch davon überzeugt, dass es die im Zweiten Weltkrieg zutage getretene Zersplitterung zu überwinden galt –, bedeutete ihre Präsenz nicht, dass er mit seiner Partei einen Zusammenschluss von Zeitzeugen schaffen wollte. Dass der FN von Beginn an und über einen Zeitraum von 40 Jahren auf allen politischen Ebenen zu allen Wahlen angetreten ist, beweist per definitionem den Willen zur Macht.

Zum Zeitpunkt von Jean-Marie Le Pen Rückzug aus der Parteispitze 2011 zählte der FN schon nicht mehr zum politischen Rand, hatte er doch bei der Europawahl 1984 mit zehn Prozent die Sperrklausel übersprungen und bei den Präsidentschaftswahlen 1988 und 1995 rund 14 beziehungsweise 15 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang erhalten. Nun ging es darum, die Partei sowohl in den Augen der Wählerinnen und Wähler als auch in der Wahrnehmung möglicher Koalitionspartner auf nationaler und kommunaler Ebene zu „normalisieren“. Dies trieb Marine Le Pen nach ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden sogleich voran, beispielsweise durch den Parteausschluss von Kräften mit einer Doppelmemberschaft in neofaschistischen Splittergruppen, den Verzicht auf das provozierende Vokabular ihres Vaters in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg oder das Judentum sowie durch die Glättung von als zu radikal erachteten Formulierungen im Parteiprogramm: „Umkehr des Migrationsstroms“ wurde zu „Null Zuwanderung“, „nationale Bevorzugung“ zu „nationaler Priorität“.<sup>02</sup>

Das Ergebnis dieser „Entdämonisierung“ ist durchwachsen: Während 73 Prozent der Französischen und 68 Prozent der Franzosen den FN 2002 als „demokratiegefährdend“ einstufen,<sup>03</sup> sind 2016 noch 56 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dieser Meinung.<sup>04</sup> 54 Prozent betrachten den FN weiterhin als „eine Partei, die nur dazu bestimmt ist, die Stimmen der Opposition zu versammeln“, wohingegen 36 Prozent den FN für „regierungsfähig“ halten; diese Zahlen sind seit

2013 weitgehend unverändert geblieben. 63 Prozent der Befragten sagen von sich, dass sie „mit den vom FN vertretenen Ideen nicht übereinstimmen“, während 31 Prozent „einverstanden“ oder „eher einverstanden“ sind. Der FN bleibt mithin eine Partei, die spaltet. Sein radikales Image scheint er nicht vollständig abgestreift zu haben.

Dabei ist der FN nach den Maßstäben des Historikers und Faschismusforschers Emilio Gentile nicht dem (neo)faschistischen Spektrum zuzuordnen:<sup>05</sup> Weder handelt es sich beim FN um eine Miliz, noch zielt er auf die Einführung eines staatlichen Korporatismus und verfolgt er nach außen gerichtete Eroberungspläne; er will weniger eine „neue Ordnung“ schaffen, als vielmehr zu einer mystifizierten Vergangenheit zurückkehren; ferner fehlt ihm die revolutionäre Dimension, einen „neuen Menschen“ schaffen zu wollen.

Auch hat sich der FN keinem totalitären Projekt verschrieben, wie Gentile es definiert: Er fordert kein „Experiment politischer Herrschaft, das von einer revolutionären Bewegung umgesetzt und von einer Partei mit militärischer Disziplin organisiert wird“.<sup>06</sup> Vor dem Hintergrund, dass der Totalitarismus „sich durch ein integralistisches Verständnis von Politik auszeichnet und ein Machtmonopol anstrebt“, und die Partei, „nachdem [sie] dieses auf legalem oder illegalem Wege erreicht hat, darauf zielt, die vorherige Regierungsform zu zerstören oder umzuwandeln und einen neuen Staat zu errichten, beruhend auf der Herrschaft einer einzigen Partei“,<sup>07</sup> ist derzeit schwer zu sagen, wie ein Staat aussehen und funktionieren würde, in dem der FN die Exekutive und/oder die Legislative kontrolliert. Über diesen Staat wissen wir nur eines: Er muss „stark“ sein. Aus dem Parteiprogramm des FN ist zu schließen, dass Frankreich eine Republik bleibe, deren Verfassung ihren Vorrang vor internationalen – auch europäischen – Verträgen wiedererlangen würde. Die Volksherrschaft wird darin als „heiliges Gut“ bekräftigt, und es gelte, insbesondere durch den Rückgriff auf Referenden eine „echte Demokratie“ wiederherzustellen.<sup>08</sup>

**01** Vgl. auf der Spur von Pierre Bousquet, erster Schatzmeister des FN, Jean Castrillo, Henri Simon und einigen anderen mit der besagten Zeitung verbundenen Personen Robert Forbes, *Pour l'Europe*, Paris 2005.

**02** Siehe das Parteiprogramm des FN unter [www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen](http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen).

**03** Siehe Bruno Cautrès/Nonna Mayer, *Le nouveau désordre électoral. Les leçons du 21 avril 2002*, Paris 2012, S. 116.

**04** Vgl. hier und im Folgenden TNS-Sofres/France Info/Le Monde/Canal+, *Baromètre d'image du Front National*, Februar 2016.

**05** Vgl. Emilio Gentile, *Qu'est-ce que le fascisme? Histoire et interprétation*, Paris 2004.

**06** Ders., *Fascisme, totalitarisme et religion politique. Définitions et réflexions critiques sur les critiques d'une interprétation*, in: *Raisons politiques* 2/2006, S. 119–173, hier S. 135.

**07** Ebd.

**08** FN (Anm. 2), Kapitel „Demokratie“.

Dieser letzte Punkt ist zentral. Denn die Aufwertung der direkten Demokratie, die das Versagen des repräsentativen Systems ausgleichen soll, ist neben der Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft und der Überbetonung einer mystifizierten nationalen Identität eines der Charakteristika des sogenannten Nationalpopulismus, wie ihn der Politikwissenschaftler Pierre-André Taguieff bereits Mitte der 1980er Jahre beschrieben hat.<sup>09</sup>

In der Tat steht der FN für einen identitären Populismus, der sich antiparlamentarischer Allgemeinplätze bedient, indem er den „gesunden Menschenverstand“ des als organische Einheit definierten Volkes der vermeintlichen Fehlentwicklung der Eliten entgegenstellt, die die Demokratie in Beschlag genommen hätten. Das Konzept des Rassismus, das eine Rangordnung der ethnischen Gruppen begründet, wird ersetzt durch einen anderen Gegensatz: jener zwischen „uns“, den „Urfranzosen“, die allein die historische Legitimation besitzen, sich auf französischem Boden aufzuhalten, und „ihnen“, den Immigranten und Ausländern im Allgemeinen. Diese können allenfalls die französische Staatsbürgerschaft erlangen, wenn sie kulturell europäisch geprägt sind und sich assimilieren, was im Falle einer außer-europäischen Herkunft jedoch selbst durch einen Willensakt nicht gelingen kann. Hinzu kommen der ausgeprägte Souveränismus des FN, der sich im Bestreben äußert, Frankreich aus der Europäischen Union herauszuführen, um insbesondere die Kontrolle über die Staatsfinanzen und die Außenpolitik wiederzuerlangen, sodass das Konzept des Nationalpopulismus die Identität des FN heute am besten beschreibt.

### WER WÄHLT FN?

Angesichts der jüngsten Wahlerfolge des FN ist immer wieder die Rede vom Entstehen eines neuen Tripartismus in Frankreich, mit drei großen politischen Blöcken mit jeweils rund 30 Prozent, die um die Linke, die „klassische“ bürgerliche und die extreme Rechte angeordnet seien.<sup>10</sup> Dem

<sup>09</sup> Vgl. Pierre-André Taguieff, *La rhétorique du national-populisme. Les règles élémentaires de la propagande xénophobe*, in: *Mots* 1/1984, S. 113–139.

<sup>10</sup> Vgl. etwa Thomas Wieder, *Le Tripartisme s'installe en France*, 23.3.2015, [www.lemonde.fr/elections-departementales-2015/article/2015/03/23/le-tripartisme-s-installe-en-france\\_4599141\\_4572524.html](http://www.lemonde.fr/elections-departementales-2015/article/2015/03/23/le-tripartisme-s-installe-en-france_4599141_4572524.html).

Soziologen Michel Wieviorka zufolge handelt es sich dabei um einen Übergangszustand, um ein Zeichen für die fortschreitende Auflösung des politischen Systems in Frankreich, um den Anfang einer Um- beziehungsweise Neuordnung. Diese werde sowohl die in Sozialdemokraten und Sozialliberale gespaltene sozialdemokratische Linke als auch die bürgerliche Rechte betreffen, die ihrerseits geteilt sei in Kräfte, die weiterhin mit den Mitte-Rechts-Parteien kooperieren wollen, und identitäre, populistische Konservative, die ein Bündnis mit dem FN reizen könnte.<sup>11</sup>

Diese vermeintliche Dreiteilung des Parteienspektrums ist jedoch absolut unvollkommen. Denn das politische Gewicht des FN an den Wahlen wird im Grunde relativiert durch die Weigerung der beiden wichtigsten konservativen Parteien, die Republikaner und die Union der Demokraten und Unabhängigen, Wahlabsprachen auf kommunaler oder nationaler Ebene auch nur in Erwägung zu ziehen. Wie es der Politikwissenschaftler Piero Ignazi einmal über die Italienische Sozialbewegung sagte,<sup>12</sup> bleibt der FN der „ausgeschlossene Pol“ des politischen Systems. Dabei hatten sich die Wählerschaften der Konservativen und des FN nach den Präsidentschaftswahlen 2012 einander angenähert: Im Oktober 2013 wollten 53 Prozent der Sympathisanten der Republikaner, damals noch Union für eine Volksbewegung, Absprachen auf kommunaler Ebene, gegenüber rund 73 Prozent der FN-Anhänger.<sup>13</sup> Zwei Jahre später sind es noch 37 Prozent<sup>14</sup> – ein Hinweis darauf, dass sich die politischen Reihen schließen, je näher die Präsidentschaftswahlen rücken.

Wie setzt sich die Wählerschaft des FN genau zusammen? Die am 6. Dezember 2015 veröffentlichte Studie „Régionales 2015: sociologie des électeurs et profils des abstentionnistes“ des Markt- und Meinungsforschungsinstituts IPSOS zeigt, dass der FN bei den Regionalwahlen 2015 vor allem die unteren Bevölkerungsschichten anzog: So stimmten im ersten Wahlgang 43 Prozent der Arbeiterschaft, 36 Prozent der Angestellten sowie 36 Prozent der Wähler ohne Abitur für den

<sup>11</sup> Vgl. Michel Wieviorka, *Le Tripartisme, et après?*, 28.1.2016, [www.latribune.fr/opinions/tribunes/le-tripartisme-et-apres-545545.html](http://www.latribune.fr/opinions/tribunes/le-tripartisme-et-apres-545545.html).

<sup>12</sup> Piero Ignazi, *Il polo escluso, Profilo storico del Movimento sociale italiano*, Bologna 1989.

<sup>13</sup> Vgl. IPSOS/France 2/Le Parisien, *Rapprochement avec le FN: Que disent les sympathisants UMP?*, Oktober 2013.

<sup>14</sup> Vgl. TNS-Sofres et al. (Anm. 4).

FN. Doch konnte die Partei auch einen großen Teil der Mittelschicht für sich gewinnen: Rund 30 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stimmten für den FN; darüber hinaus konnte er mit einem Stimmenanteil von 35 Prozent bei Selbstständigen und Landwirten die traditionelle Dominanz der Konservativen bei dieser Wählergruppe angreifen. Neu war auch die starke Zustimmung unter leitenden Angestellten (17 Prozent) und Absolventen eines „Bac+2“<sup>15</sup> oder eines höheren Bildungsabschlusses (23 Prozent). Dies erschüttert den seit den 1980er Jahren gleichlautenden Befund einer negativen Korrelation zwischen der Wahlentscheidung für den FN und dem Bildungsabschluss.

Bestimmend für das Wahlverhalten waren die Probleme auf nationaler Ebene: Die FN-Wählerschaft ging überwiegend aus Sorge über die Themen Beschäftigung (18 Prozent), Sicherheit (17 Prozent) und Immigration (15 Prozent) zur Wahl – entsprechend dem nationalpopulistischen Dreiklang unter Jean-Marie Le Pen wie unter seiner Tochter. Steuerfragen beispielsweise, die der nationalliberale Flügel um Marine Le Pens Nichte Marion Maréchal-Le Pen in den Vordergrund rückt, waren nur für rund zehn Prozent der FN-Wählerschaft ausschlaggebend; allgemein zählten Wirtschaftsfragen nur für elf Prozent.

Aufschlussreich ist die IPSOS-Studie auch mit Blick auf die immer wiederkehrende Frage, ob es sich bei der Wahl des FN um ein zustimmendes Votum oder um eine Proteststimme handelt: Unter den befragten FN-Wählern gaben 37 Prozent an, aus Zustimmung zu den Ideen der Partei für den FN gestimmt zu haben. Nur 29 Prozent wollten mit ihrer Stimme gegen die Politik protestieren. Doch entzieht sich diese Frage einer binären Logik, da zugleich 74 Prozent der FN-Wähler von sich sagten, ihr Wahlverhalten solle ihre Ablehnung des Regierungshandelns zum Ausdruck bringen.

Zudem zeigen die Daten, dass sich die Wählerschaft des FN früher herausbildet als die anderer Listen: 47 Prozent der FN-Wählerschaft wussten nach eigenen Angaben von Anfang an, wen sie wählen würden, und 25 Prozent gaben an, sich mehr als einen Monat vor den Regionalwahlen entschieden zu haben. Dies widerlegt die Auffassung, dass die Attentate vom 13. Novem-

ber 2015 in Paris und Saint-Denis der Grund für den Wahlerfolg des FN bei den drei Wochen später stattfindenden Regionalwahlen gewesen seien. Damit stellt sich die Frage, ob die Zustimmung für den FN, die lange Zeit als vorübergehende Erscheinung betrachtet wurde, sich nicht inzwischen derart verfestigt hat, dass eine Rückkehr der FN-Wählerschaft zu den sogenannten republikanischen Parteien unmöglich oder zumindest immer unwahrscheinlicher geworden ist.

Gesellschaftliche Gruppen, bei denen die Zustimmung für eine Rechtsregierung noch höher ausfällt als für den FN, sind insbesondere die der über 65-Jährigen, Katholiken und sozioprofessionell Bessergestellten wie zum Beispiel Wohlhabende, hochrangige Führungskräfte und Firmenchefs. Vor allem letztere begegnen dem Konzept einer Renaissance des Staates als ökonomischer Akteur ausgesprochen zurückhaltend, für das Marine Le Pen unter dem Einfluss des stellvertretenden Parteivorsitzenden Florian Philippot eintritt. Ferner können sie ebenso wie die Senioren der destabilisierenden Vorstellung eines Austritts Frankreichs aus der Europäischen Union und einer Rückkehr zum Franc wenig abgewinnen. Diese beiden Punkte sind vielleicht der entscheidende Hemmschuh für einen wachsenden Erfolg des FN auch bei der Wählerschaft, die zwar bei Themen wie Identität, Sicherheit und Migration durchaus mit dem FN auf einer Wellenlänge sein mag, den großen Sprung ins Ungewisse aber doch ablehnt: 35 Prozent der Franzosen wünschen sich einen sogenannten Frexit, während diese Vorstellung 77 Prozent der FN-Anhänger mobilisiert.

## SUCHE NACH VERBÜNDETEN

Ob der FN künftig nun sein Rekordergebnis von 27,73 Prozent beim ersten Wahlgang der Regionalwahlen 2015 überholt oder nicht: Er wird weiterhin von der Regierung ausgeschlossen bleiben, solange er keine Verbündete findet. Der seit den 1980er Jahren von den anderen Parteien um den FN gezogene *cordon sanitaire* (Sperrgürtel) hat Wirkung gezeigt. Folglich muss der FN auf eine tief greifende Neuordnung der gesamten französischen Rechten zählen, um an die Macht zu gelangen. Seiner Hoffnung zufolge könnte ein Teil der Konservativen den *cordon sanitaire* aufgeben und erwägen, die Partei in eine breite Koalition einzubeziehen.

<sup>15</sup> „Bac+2“ entspricht einer zweijährigen Ausbildung nach dem Abitur, etwa einem Vordiplom (Anm. d. Red.).

Ein solches Unterfangen, das eine historische Zäsur markieren würde, kann nur auf zwei Wegen erfolgen: von oben, also durch eine entsprechende Absprache der Führungspersonlichkeiten des rechten Parteienspektrums, oder von unten, auf Druck der Basis.

Mit Blick auf die erste Möglichkeit hat bisher ein einziger konservativer Vorwahlkandidat, der Vorsitzende der kleinen Christlich-Demokratischen Partei, Jean-Frédéric Poisson, seine Absicht offenbart, auf ein Bündnis mit dem FN hinzuwirken – übrigens eher mit einer von Marion Maréchal-Le Pen auf nationalliberalem Kurs geführten Partei als mit dem heutigen FN unter Marine Le Pen, der aus seiner Sicht zu etatistisch ausgerichtet ist und sich zu weit von den Werten des sozialkonservativen Katholizismus entfernt hat. Ein Zusammenschluss von oben ist umso unwahrscheinlicher, je stärker der noch zu bestimmende konservative Kandidat für einen Sieg im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2017 auf die Stimmen des Mitte-Rechts-Lagers angewiesen sein wird. Denkbar wäre ein solcher Zusammenschluss von oben noch, wenn die Linke eine realistische Chance hätte, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. In diesem Fall ließe sich ein derartiger Schritt als notwendige Vereinigung aller rechten Kräfte rechtfertigen, um eine sozialistische Regierung zu verhindern. Doch dieses Szenario wird allen aktuellen Prognosen zufolge wohl kaum eintreten.

Daher wird eine Neuordnung der Rechten wenn überhaupt nur von unten zustande kommen – etwa, wenn Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen wider Erwarten ein schlechtes Wahlergebnis erzielt, sich möglicherweise sogar nicht für den zweiten Wahlgang qualifiziert und ihr politischer Kurs daraufhin so stark infrage gestellt wird, dass es auf dem FN-Partei-kongress nach den Wahlen zu einem von Marion Maréchal-Le Pen verkörperten Strategiewechsel kommt, der eine neue Basis für die Zusammenarbeit mit den Konservativen schafft; oder wenn Alain Juppé zum Präsidenten gewählt wird und während seiner Amtszeit einen beträchtlichen Teil seiner Wählerschaft und seiner Partei enttäuscht, weil er bei Fragen der Zuwanderung und der Identität sowie beim politischen Personal eher auf Kontinuität setzt als auf eine Zäsur, und diese weiter nach rechts blickt; oder wenn sich im Falle eines Sieges von Nicolas Sarkozy die Einschätzung seines ehemaligen Bera-

ters Patrick Buisson bestätigt, dass der frühere Präsident zwar einen Bruch mit dem „System“ verspreche, aber keinerlei Absicht hege, diesen auch zu vollziehen.<sup>16</sup> Eine Neuordnung wird sich also erst mit den Präsidentschaftswahlen 2022 abzeichnen.

Es besteht allerdings noch eine ganz andere Möglichkeit: Der FN könnte sich als bedeutende politische Kraft mit einem Stimmenanteil zwischen 20 und 30 Prozent halten und in einigen Kommunen den Bürgermeister stellen, ohne aber jemals die Rolle des politischen Unruhestifters ablegen zu können. Es sei denn, der FN kann bei den Parlamentswahlen im Juni 2017 erstmals einen Erfolg zu Lasten der Konservativen erzielen, wie es eine am 22. Juni 2016 veröffentlichte Studie von OpinionWay prognostiziert. Demnach könnte der FN mit 58 bis 64 gewählten Abgeordneten in der Nationalversammlung rechnen – um dann endlich wieder eine Fraktion im Parlament zu bilden und auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss zu nehmen.

Übersetzung aus dem Französischen:  
Nicole Maschler, Berlin.

#### JEAN-YVES CAMUS

ist Politik- und Sozialwissenschaftler. Er leitet das Observatoire des radicalités politiques der Fondation Jean Jaurès und ist assoziierter Forscher am Institut des Relations Internationales et Stratégiques in Paris.

camus@iris-france.org

<sup>16</sup> Vgl. Patrick Buisson, *La cause du peuple. L'histoire interdite de la présidence Sarkozy*, Paris 2016.

# Chronisch zersplittert

## DIE FRANZÖSISCHE LINKE VOR DEN WAHLEN

*Susanne Götze*

Die Einteilung des politischen Meinungsspektrums in links und rechts, wie wir sie heute kennen, stammt bekanntlich aus der Zeit der Französischen Revolution, als in der Nationalversammlung von 1789 die Gegner und Unterstützer des Königs jeweils auf den Sitzrängen zu seiner Linken beziehungsweise Rechten Platz nahmen. Der Sturm auf die Bastille wenige Wochen zuvor gilt für linke Bewegungen bis heute als Initialzündung emanzipatorischer Politik. Zwar war das Gefängnis so gut wie leer, viele seiner Insassen waren schon Tage vorher verlegt worden. Doch das Zündeln an den Mauern des Ancien Régime war ein starkes Symbol.

Von diesen stürmischen Zeiten ist am heutigen Place de la Bastille nicht mehr viel zu sehen. Einige Überreste der alten Festungsmauern wurden Ende des 19. Jahrhunderts rund 500 Meter weiter versetzt und stehen nun weitab vom Touristenrummel auf einem Grünstreifen zwischen zwei stark befahrenen Straßen an der Metrostation Sully-Morland. Dennoch ist der Platz bis heute Versammlungsort linker Bewegungen – ebenso wie der Place de la Concorde, die Hinrichtungsstätte Ludwig XVI., traditioneller Treffpunkt der Konservativen ist.

Der Place de la Bastille erzählt von über 200 Jahren eines tragischen, aber auch siegreichen Kampfes gegen Monarchie, Ausbeutung und Kapitalismus: Hier verbarrikadierten sich die Revolutionäre von 1830, verteidigten sich die Kommunisten von 1871, sangen Tausende Unterstützer der legendären Volksfront aus Sozialisten, Radikalen und Kommunisten 1936 die Internationale und feierten im Mai 1981 die Anhänger des ersten sozialistischen Präsidenten der V. Republik, François Mitterrand, ihren Wahlsieg.

Gut 30 Jahre später, am 6. Mai 2012, bestieg noch ganz im Siegestaumel ein neuer sozialistischer Präsident die Bühne auf dem Platz: „Ich

habe euren Willen zum Wechsel gehört. Ich habe eure Kraft und eure Hoffnung gespürt“, rief François Hollande mit heiserer Stimme ins jubelnde Fahnenmeer. Einige Wochen zuvor hatte an Ort und Stelle noch der linke Gegner Hollandes, Jean-Luc Mélenchon, für die Linksfront geworben, einem Wahlbündnis der Kommunistischen Partei, der Linkspartei und der trotzkistisch geprägten Einheitlichen Linken, bevor er schließlich für den zweiten Wahlgang die Anhänger der Linksfront dazu aufrief, den sozialistischen Kandidaten Hollande zu unterstützen.

Der Wahlsieg Hollandes 2012 war, ebenso wie jener Mitterrands 1981, das Ergebnis einer der wenigen Gelegenheiten, bei denen sich die Linke in Frankreich zur Geschlossenheit zusammenraufte. Doch von dieser Einigkeit ist fast fünf Jahre später nichts mehr übrig, und der Jubel ist verstummt:<sup>01</sup> Statt seine linken Wähler mit mehr Arbeitnehmerrechten oder Bildungsinvestitionen zu beschenken, hat Hollande unpopuläre Reformen auf den Weg gebracht und die Liberalisierung vorangetrieben – in der Hoffnung, Frankreich so wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Seit Jahren ist er der unbeliebteste Präsident der V. Republik und gilt auch unter Linken mittlerweile als einer von „denen da oben“ – ein Funktionär, kein Mann des Volkes. Umfragen zufolge trauen aktuell nur noch 13 Prozent der Franzosen dem Präsidenten zu, die Probleme Frankreichs zu lösen und das Ruder bis zum Wahltag am 23. April 2017 herumzureißen.<sup>02</sup>

Die Sozialistische Partei (PS) ist unter Hollande regelrecht ausgeblutet: Seit 2012 hat sie rund 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren – darunter prominente Politiker wie der ehemalige Europaabgeordnete Liêm Hoang-Ngoc – und zählt derzeit noch rund 80 000, während die konservativen Republikaner, ehemals Union für eine Volksbewegung (UMP), 200 000 Mitglieder ha-

ben und Marine Le Pens rechtsextremer Front National inzwischen etwa 50 000.<sup>03</sup>

Die Wähler haben das ohnehin wacklige Vertrauen in die Sozialisten, die sogenannte *gauche caviar* („Salonbolschewisten“), verloren. Die meisten Prognosen für die Präsidentschaftswahl 2017 rechnen damit, dass sich im zweiten Wahlgang ein bürgerlicher Kandidat und Marine Le Pen gegenüberstehen und sich so das Szenario von 2002 wiederholt, als Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen um das Präsidentenamt rangen.

## LINKES MOSAIK

Dieses Szenario mahnt zu Einigkeit im linken Lager, doch die will sich nicht einstellen. Tragisch wiederholt sich derzeit das althergebrachte Verhaltensmuster der französischen Linken, das bis 1789 zurückgeht, als sie gemeinsam gegen das Ancien Régime revoltierten. Während nach außen hin in pathetischen Ansprachen die Einheit der linken Bewegung beschworen wird, zerschlagen dieselben Leute im Hintergrund das Geschirr.

Das Regierungslager aus Sozialistischer Partei, Radikaler Linkspartei und Ökopartei ist tief gespalten: Zum ersten Mal in der Geschichte der Französischen Republik muss sich ein Präsident vor seiner Kandidatur zur Wiederwahl einer offenen Vorwahl (*primaire*) stellen. Links der Sozialistischen Partei leistet sich die Kakophonie aus Kommunistischer Partei, Linkspartei, Neuer Antikapitalistischer Partei, Neuer Sozialistischer Linke und der trotzkistischen Partei Arbeiterkampf bisher fünf Präsidentschaftskandidaten.

Innerhalb des Regierungslagers haben bislang rund zehn Personen angekündigt, als Vorwahlkandidaten antreten zu wollen; ein halbes Dutzend weitere haben Interesse bekundet oder werden als mögliche Bewerber gehandelt. François Hollande will im Dezember 2016 seine Entscheidung bekannt geben.

Als seine aussichtsreichsten Konkurrenten gelten zwei ehemalige Weggefährten: Zum einen der parteilose, im August 2016 zurückgetre-

ne Wirtschaftsminister Emmanuel Macron. Bereits im April 2016 gründete er die überparteiliche Reformbewegung „En Marche!“ (Vorwärts), mit der er sich im politischen Zentrum positioniert – ein Schritt, der allgemein als Demonstration seiner Ambitionen für eine Präsidentschaftskandidatur interpretiert wurde; der 38-jährige ehemalige Investmentbanker gilt als Karrierist. Im Regierungslager hat sein Rücktritt ihm den Vorwurf des Verrats und der Illoyalität eingehandelt. Und mit kritischen Äußerungen wie etwa der Bemerkung gegenüber Gewerkschaftern, am besten könne man sich einen Anzug leisten, wenn man arbeiten gehe, hat er den Unmut vieler Sozialisten auf sich gezogen.<sup>04</sup> Zudem steht er für einen sozialdemokratischen Reformkurs, der von nicht wenigen abwertend als „neoliberal“ abgetan wird. Aber Linksikonen wie Daniel Cohn-Bendit zählen auf ihn, um den „Albtraum“ einer zweiten Wahlrunde wie 2002 zu verhindern.

Zum anderen Macrons Vorgänger als Wirtschaftsminister, der Sozialist Arnaud Montebourg. Dieser war bereits 2014 nach heftigem Widerstand gegen die Austeritätspolitik in Europa desillusioniert zurückgetreten und hatte sich ganz aus der Politik zurückgezogen. Im August 2016 kündigte er an, für das Präsidentenamt kandidieren zu wollen. Nun profiliert er sich weiter als Keynesianer und fordert ein breites Investitionsprogramm und die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen. Den europäischen Sparkurs lehnt er kategorisch ab und wirft François Hollande vor, sich zu wenig gegen die Europapolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel einzusetzen.

Die Kritik am „deutschen Spardiktat“ und der politischen Schwäche Frankreichs in Europa ist auch links der Sozialistischen Partei eines der wichtigsten Argumente gegen Hollande, wobei dort ein deutlich schärferer Ton herrscht als unter den Sympathisanten von Montebourg. So legt etwa Jean-Luc Mélenchon, der sich 2008 mit der Gründung der Linkspartei von der Sozialistischen Partei abgespaltete und 2012 als Präsidentschaftskandidat der Linksfrente Wahlkampf führte, mit Tweets wie „Maul zu, Frau Merkel! Frankreich ist frei“ eine radikale Wortwahl an

**01** Siehe auch den Beitrag von Claire Demesmay in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

**02** Vgl. La Chaîne Info, François Hollande à 4 %: que disaient les sondages de ses prédécesseurs à six mois de l'élection?, 25. 10. 2016, [www.lci.fr/elections/-1-2009493.html](http://www.lci.fr/elections/-1-2009493.html).

**03** Zum Erstarken des Front National siehe auch den Beitrag von Jean-Yves Camus in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

**04** Vgl. Emmanuel Macron: deux ans à Bercy émaillés de polémiques, 30. 8. 2016, [www.lemonde.fr/politique/article/2016/08/30/costard-milliardaires-et-illettres-les-plus-grosses-sorties-de-piste-du-ministre-macron\\_4990057\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2016/08/30/costard-milliardaires-et-illettres-les-plus-grosses-sorties-de-piste-du-ministre-macron_4990057_823448.html).

den Tag und hält sich auch sonst mit Deutschlandfeindlichkeit und nationalistischen Ressentiments nicht zurück.

Darüber hinaus steht es links der Sozialistischen Partei nicht besser um die Geschlossenheit. Zwar gab es schon früh Stimmen, die wie der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Pierre Laurent, für eine Neuaufgabe der Linksfrent von 2012 mit einem gemeinsamen Kandidaten für all jene Enttäuschten plädierten, die eine erneute Kandidatur von François Hollande verhindern wollen, und Teile der regierungskritischen Linken hätten gerne eine gemeinsame Vorwahl organisiert.

Doch im Februar 2016 erklärte Jean-Luc Mélenchon mit der Gründung der parteiunabhängigen Bewegung „La France insoumise“ (Widerspenstiges Frankreich) ohne Absprache mit den politischen Partnern seine Ambitionen für eine erneute übergreifende Kandidatur, und nun herrscht Unmut über diesen Alleingang. Besonders gekränkt ist die Kommunistische Partei, deren Anhänger Mélenchon vorwerfen, die mühsam geschmiedete Gemeinschaft der Linksfrent unterminiert zu haben. Mélenchon zufolge hätte die Bewegung schon längst durchstarten können, wenn sie von den Kommunisten unterstützt würde. Der Streit währt seit Monaten.

Die Linksfrent, deren Mitglieder 2012 gemeinsam und entschlossen Wahlkampf führten, bröckelt genauso auseinander wie die Sozialistische Partei, und statt sich zu einen, gründen neue Abweichler neue Parteien, wie der ehemalige PS-Politiker Liêm Hoang-Ngoc die Neue Sozialistische Linke.

Blickt man noch weiter nach links, wird das Mosaik immer kleinteiliger: Die Neue Antikapitalistische Partei hatte sowieso nie vor, mit Mélenchon oder anderen ehemaligen PS-Politikern zusammenzuarbeiten und schickt Philippe Poutou ins Rennen um das Präsidentenamt, und die Trotzisten der Partei Arbeiterkampf setzen wie 2012 auf Nathalie Arthaud.

Das Ergebnis ist ein bunter Haufen aus ambitionierten Politiktalenten mit wenig realen Chancen, beleidigten Altlinken, enttäuschten Parteimitgliedern, eigensinnigen Kampagnenmachern und einem ausgedienten Präsidenten.

## STRASSENDEMOKRATIE GEGEN DAS ESTABLISHMENT

Bei dieser Gemengelage haben sich einige Teile des radikal-linken Lagers und seiner Sympa-

thisanten mittlerweile von der Parteiarbeit abgewandt und stellen das Parteiensystem an sich infrage. Viele von ihnen nehmen an den Massenversammlungen und -kundgebungen teil, die seit dem Frühjahr 2016 auf dem Pariser Place de la République stattfinden und zeitweise eine beeindruckende Dynamik entfaltet.

Inspiriert von den „Empörten“, die dem Aufruf zum politischen Widerstand des französischen Résistance-Kämpfers und Diplomaten Stéphane Hessel folgten<sup>05</sup> und deren Praxis, öffentliche Plätze zu besetzen, das Frühjahr 2011 bestimmte, mobilisiert die Bewegung „Nuit debout“ (Nacht auf den Beinen) gegen die spätestens seit der Arbeitsmarktreform von Arbeitsministerin Myriam El Khomri und Wirtschaftsminister Emmanuel Macron beziehungsweise dessen Nachfolger Michel Sapin als neoliberal geltende Politik der Regierung. Doch geht der Protest auch darüber hinaus und richtet sich gegen das gesamte politische Establishment sowie grundsätzlich gegen das Demokratiemodell, das dem politischen System Frankreichs zugrunde liegt. Jeder darf sprechen, viele tun es das erste Mal in der Öffentlichkeit, und es wird geduldig zugehört; Arbeitsgruppen vertiefen einzelne Diskussionsstränge.

Unter den demokratieeuphorischen Besetzern des Place de la République sind Bürgerinnen und Bürger mit den unterschiedlichsten Hintergründen: Studenten, die befürchten, später keinen sicheren Arbeitsplatz zu bekommen, resignierte Arbeitslose oder überarbeitete Angestellte. Auch wenn es um „Nuit debout“ mittlerweile etwas leiser geworden ist, kommen wöchentlich immer noch Hunderte Citoyens zum Place de la République in Paris und anderen öffentlichen Plätzen in ganz Frankreich.

Politik und Medien schauen etwas verunsichert zu. Es gibt keine Fahnen, keine Logos, keine Kategorien, in die man die Besetzer stecken kann. Die Aktivisten können die Hauptstadtjournalisten nicht mehr hören, die wissen möchten: „Wollt ihr eine Partei werden?“ Dabei ist diese Frage nicht ganz unbegründet. Es wäre nicht das erste Mal, dass im krisengeschüttelten Europa aus einer sozialen Bewegung und Außenseiterparteien ein Bündnis entstünde, das in einem kometenartigen Aufstieg das Parlament erobert.

<sup>05</sup> Vgl. Stéphane Hessel, *Empört Euch!*, Berlin 2011.

Im Januar 2015 machte die griechische Syriza, die als Partei aus einem Wahlbündnis linker Klein- und Kleinstparteien sowie Organisationen hervorgegangen war, mit ihrem Wahlerfolg europaweit Schlagzeilen; nie schienen sich Straße und Parlament so nah. In Spanien wurde die aus der „Bewegung 15. Mai“ hervorgegangene Partei Podemos im vergangenen Dezember drittstärkste Kraft im Parlament; auch die italienische Fünf-Sterne-Bewegung feierte 2013 bei den Parlamentswahlen große Erfolge.

In Frankreich ist die Straßendemokratie bislang jedoch eine Parallelveranstaltung zur Parteiendemokratie geblieben. Weder die „Empörten“ noch „Nuit debout“ haben es geschafft, sich die Parteienlandschaft zu erschließen und sich in das politische System zu integrieren. Noch viel wichtiger ist: Sie haben es auch nicht versucht. Die linken Parteien geben sich gegenüber der Bewegung ebenso zurückhaltend. Mit Nachdruck erklärte Linksparteichef Jean-Luc Mélenchon, er wolle „Nuit debout“ nicht politisch für sich vereinnahmen, sondern er hoffe, von der Bewegung vereinnahmt zu werden. Zugleich ist den Linkspolitikern aber sehr bewusst, dass die Aktivisten sie als „Teil des Systems“ verstehen.

Solche Spannungen zwischen sozialen Bewegungen und linken Parteien sind in Frankreich nicht neu: Schon in den 1960er Jahren begleiteten Aktivisten die Debatten um die Teilnahme an Wahlen innerhalb linker Strömungen mit Parolen wie „Élections, trahison“ (Wahlen sind Verrat) oder „Élections, piège à cons“ (Wahlen sind Idiotenfallen).

### „JUST A LITTLE BIT OF HISTORY REPEATING“

Überhaupt erinnert die gegenwärtige Situation des linken Lagers in Frankreich an die Zeit nach der Staatskrise 1958, als die IV. Republik endete. Während die Streitpunkte in der Sozialistischen Partei heutzutage vor allem bei der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik und dem Umgang mit der Staatsverschuldung in Europa liegen, drehen sich in den 1950er Jahren die parteiinternen Divergenzen der Sozialisten, damals noch Französische Sektion der Arbeiter-Internationale (SFIO), um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, vor allem jedoch um

die Kolonialkriege in Indochina (1946–1954) und Algerien (1954–1962).<sup>06</sup>

Da die Sozialisten an Regierungen der IV. Republik beteiligt waren und ab 1956 sogar den Regierungschef stellten, stand vor allem die Verschärfung des Algerienkrieges im Zentrum der Kritik: Die Partei wurde als der zentrale politische Verantwortungsträger für die Eskalation gesehen. Die Ohnmacht der Sozialisten, die eine erstarkende algerische Unabhängigkeitsbewegung und die sich radikalisierende französische Rechte nicht mehr unter Kontrolle hatten, sodass sie 1958 schließlich die Machtübernahme von Charles de Gaulle unterstützten, führte politisch zum Scheitern der IV. Republik und zur langen Oppositionszeit der Sozialisten bis 1981.

Zwar würden die Sozialisten heute die Macht nicht freiwillig an ihre politischen Gegner abtreten, dennoch ist die politische Enttäuschung der „abtrünnigen“ PS-Politiker vergleichbar mit jener der innerparteilichen Opposition der damaligen SFIO. Deren Vertreter veröffentlichten kurz nach dem Machtantritt de Gaulles einen Appell an ihre Parteifreunde. Darin bezichtigten die Aufrührer ihre Partei, ihre eigenen Ideale endgültig aufgegeben zu haben, und forderten, die Parteispitze auszuwechseln und die „Ehre des französischen Sozialismus“ zu retten.<sup>07</sup> In eine ähnliche Richtung gehen die heutigen Versuche enttäuschter PS-Mitglieder, außerhalb der „Mutterpartei“ eine neue linke Politik zu verfolgen, die nicht durch Regierungsbeteiligungen und politische Kompromisse verwässert ist.

Ihre Argumente gleichen jenen aus den späten 1950er Jahren: So warf Mélenchon 2008 der Sozialistischen Partei bei seinem Austritt vor, sich verkauft und verraten zu haben, statt eine linke Politik zu verfolgen, und zu einer autoritären Funktionärspartei geworden zu sein. In der Sozialistischen Partei seien keine Debatten mehr möglich, beklagte auch Liêm Hoang-Ngoc, der 2015 aus der Sozialistischen Partei austrat und die Neue Sozialistische Linke gründete. Ähnlich äußerten sich zu Beginn der V. Republik die SFIO-Abweichler um Michel Rocard und Edouard Depreux, die 1960 die Vereinigte Sozialistische Partei (PSU) gründeten.

<sup>06</sup> Vgl. Etienne Maquin, *Le parti socialiste et la guerre d'Algérie (1954–1958)*, Paris 1990, S. 23.

<sup>07</sup> Zit. nach *Tribune du Socialisme* 16/1958.



Diese Partei verfolgte den idealistischen Anspruch, radikale und gemäßigte Kräfte in einer basisdemokratischen Organisation zusammenzuführen, um das „sozialistische Erbe“ neu zu definieren und die linke Bewegung moderner und schlagkräftiger aufzustellen. Diese Versuche subsummieren Historiker heute unter dem Begriff der „Neuen Linken“.<sup>08</sup>

Zwar erreichte die PSU bei Parlamentswahlen nie mehr als vier Prozent. Sie wurde jedoch rasch zu einem Sammelbecken für frustrierte Sozialisten, die nach dem Zusammenbruch der IV. Republik eine neue Heimat suchten, für Kommunisten, die ihre Partei durch die stalinistische Politik immer mehr diskreditiert sahen, und für Trotzisten, die Kontakte zu Widerstandsgruppen gegen die französischen „Besatzer“ in Algerien pflegten. Marxisten, die trotz Unabhängigkeit von SFIO und Kommunistischer Partei an manchen Grundsätzen des traditionellen Sozialismus festhielten, standen Modernisten gegenüber, die alternative Konzepte der Dezentralisierung und Partizipation entwickeln wollten. Trotz oder gerade aufgrund dieser Differenzen entwickelte die PSU die produktive Dynamik eines „linken Ideenlabors“.

Auf diese Tradition berufen sich heute Teile der französischen Linken. Denn in die Gegenwart übertragen, versuchte die PSU die Anhänger der Gruppierungen um abtrünnige Sozialisten wie die Linkspartei und die Neue Sozialistische Linke mit den Aktivisten und Intellektuellen der „Empörten“ und von „Nuit debout“ zu vereinigen. Von Beginn an setzte sie dabei auf ein Bündnis der enttäuschten linken Kräfte.

Der PSU-Vorsitzende Edouard Depreux forderte auf dem zweiten Kongress der Partei 1962 die Bildung einer „Sozialistischen Front“<sup>09</sup> – und tatsächlich kam es im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1965 zu einer breiten linken Allianz: Die SFIO, die Radikale Partei, die Kommunistische Partei und die PSU unterstützten mit François Mitterrand einen gemeinsamen Kandidaten, der mit diesem Rückenwind einen fulminanten Wahlkampf gegen Charles de Gaulle führen konnte. Das nach der Wahlniederlage daraus entstandene Bündnis der Demokratischen und

Sozialistischen Linken hielt allerdings nicht sehr lange, und die PSU ging später teils in der „traditionellen“ Linken, teils in den außerparlamentarischen Bewegungen nach 1968 auf, bis sie sich 1989 schließlich auflöste.

Doch der Nimbus der „Neuen Linken“, den die PSU verkörpert, inspiriert nach wie vor jene, die die Linke in Frankreich einen möchten: So wählte Liêm Hoang-Ngoc für seinen PS-Ableger sicher nicht ohne Grund den Namen „Neue Sozialistische Linke“. Er sieht sich in der Tradition des PSU-Stars Michel Rocard und verfolgt das hehre Ziel, die gesamten Kräfte links der Sozialistischen Partei zu einen, die Linksfront mit der Kommunistischen Partei zu versöhnen und dem mittlerweile auch gespaltenen grünen Lager die Hand zu reichen. Im März 2016 veröffentlichte die Neue Sozialistische Linke in der Tageszeitung „Libération“ einen Aufruf zur Unterstützung des „Kandidaten der Vernunft“<sup>10</sup> – Jean-Luc Mélenchon. Eine hinter ihm vereinte Linke könne die Sozialisten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen überholen und im zweiten Wahlgang gegen Le Pen triumphieren. Doch das Ziel, Le Pen von links zu verhindern, ist aufgrund der Vielzahl der Kandidaten im linken Lager in weite Ferne gerückt.

Dass die Abweichler der Neuen Sozialistischen Linken nicht gleich zur Linkspartei wechselten, ist nicht ungewöhnlich, wenn man sich die Spaltungstradition der Linken in Frankreich vergegenwärtigt. Damals wie heute scheinen jene, die die Linke einen wollen, deren Spaltung voranzutreiben.

## SUSANNE GÖTZE

ist promovierte Historikerin und arbeitet als freie Journalistin und Autorin in Berlin.  
sanne.goetze@gmx.de

<sup>08</sup> Siehe ausführlich Susanne Götze, *Die Neue französische Linke 1958–1968. Engagement, Kritik, Utopie*, Marburg 2016.

<sup>09</sup> Zit. nach *Rapport moral*, in: *Courrier du PSU*, September 1962, AN/581 AP 68.

<sup>10</sup> Mélenchon: le candidat de la raison, 22.3.2016, [www.liberation.fr/debats/2016/03/22/melenchon-le-candidat-de-la-raison\\_1441281](http://www.liberation.fr/debats/2016/03/22/melenchon-le-candidat-de-la-raison_1441281).

# ZUM STAND DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN

*Ulrich Pfeil*

„Es wird keine Lösung gefunden werden können, wenn es sie nicht zwischen Angela Merkel und François Hollande gibt.“<sup>01</sup> Was der französische Finanzminister Michel Sapin im Juli 2015 in Bezug auf die Griechenland-Krise sagte, galt über Jahrzehnte für die europäische Einigung allgemein: „Der deutsch-französische Ausgleich nationaler Interessen war der Kern der europäischen Integration seit den fünfziger Jahren.“<sup>02</sup>

In dieser Zeit hat es immer wieder Veränderungen im deutsch-französischen Koordinatensystem gegeben. Nachdem der französische Präsident Charles de Gaulle in den 1960er Jahren noch wie selbstverständlich die Führungsrolle seines Landes in den deutsch-französischen Beziehungen beansprucht hatte, stellte sich in den 1970er Jahren ein Gleichgewicht zwischen den Partnern ein: Frankreich hatte die politische Führung inne, die Bundesrepublik spielte auf wirtschaftlicher Ebene die „erste Geige“. Mit der deutschen Vereinigung und dem Ende des Kalten Krieges verschoben sich die Gewichte zugunsten Deutschlands,<sup>03</sup> das nun 80 Millionen Einwohner zählte und von allen besatzungsrechtlichen Beschränkungen befreit war. Bis in die 2000er Jahre wurde diese Diskrepanz durch die Tatsache übertüncht, dass Deutschland vor allem auch wirtschaftlich die Wiedervereinigung „verdauen“ musste. In der Endphase der Kanzlerschaft Helmut Kohls galt es gar als „kranker Mann Europas“. Frankreich hingegen konsolidierte in dieser Zeit seinen Haushalt und steigerte seine Wettbewerbsfähigkeit. Die unter Bundeskanzler Gerhard Schröder durchgesetzten Arbeitsmarktreformen müssen daher als Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen gesehen werden: Während Deutschland wieder zur wirtschaftlichen Lokomotive in Europa wurde, verharrte Frankreich in einem ökonomischen und gesellschaftlichen Immobilismus, bis die interne Balance zwischen den Partnern, beschleunigt durch die

globale Finanzkrise ab 2008 und die Eurokrise ab 2010, sich schließlich ganz umkehrte. Heute ist es Frankreich, das strukturelle Probleme nicht in den Griff zu bekommen und weitgehend reformunfähig zu sein scheint.

Immer mehr drängt sich der Eindruck auf, dass Frankreich von Deutschland abgehängt wird. Zugleich ist die deutsch-französische Zusammenarbeit seit einigen Jahren angesichts der verschiedenen Brandherde in Europa und der Welt zu einem Krisenmodus gezwungen, der das Duo besonders fordert. Doch dass Frankreich und Deutschland weiterhin als der so oft beschworene „Motor Europas“ zusammenwirken können, wird zunehmend bezweifelt. In der Tat scheinen sich die deutsch-französischen Beziehungen selbst in der Krise oder zumindest in einem „gemütlichen Wachkoma“ zu befinden.<sup>04</sup>

## AUF WELLENLÄNGE?

Als Seismograf für den Stand der deutsch-französischen Beziehungen gilt das Verhältnis zwischen Bundeskanzler und Präsident.

Nach der Wahl von Nicolas Sarkozy 2007 hatte es zwischen ihm und Angela Merkel anfängliche Dissonanzen gegeben, doch schweißten die gemeinsamen Bemühungen um die Beilegung der Finanzkrise die beiden Politiker schnell zusammen („Merkozy“). Nach der Wahl von François Hollande im Mai 2012 stellte sich daher umgehend die Frage, ob der sozialistische Präsident und die christdemokratische Kanzlerin sich in die Tradition der deutsch-französischen Paarbildung stellen würden („Merkhollande“). Die Voraussetzungen schienen gut, stand doch 2013 der 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags und damit eine Gelegenheit für aufwendige Symbolpolitik an. Die Feierlichkeiten spiegelten jedoch eher ein Fremdeln auf beiden Seiten wider, der ostentativ freundschaftliche Umgang vermochte die Divergenzen nicht zu überdecken. Anscheinend wollte

Hollande der Kanzlerin nicht vergeben, dass sie sich zugunsten Sarkozys in den Präsidentschaftswahlkampf eingemischt und es abgelehnt hatte, den Kandidaten Hollande zu einem Gespräch im Kanzleramt zu empfangen. Erst nach den Attentaten auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt am 7. Januar 2015 in Paris schien sich das persönliche Verhältnis der beiden zu verbessern. Beim anschließenden Schweigemarsch schritt Hollande voran, mit Merkel an seiner Seite, und in den folgenden Wochen schien der Präsident mehr und mehr Vertrauen zur Kanzlerin zu fassen, die ihrerseits ermutigende Zeichen sandte.

In den vergangenen vier Jahren waren es die beiden Außenminister, die das Getriebe der deutsch-französischen Beziehungen am Laufen hielten – von den soziokulturellen Aktivitäten, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, einmal abgesehen.<sup>05</sup> Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius bekundeten regelmäßig ihr wechselseitiges Vertrauen und den Willen zur engen Kooperation. Beide nahmen an Kabinettsitzungen im jeweils anderen Land teil, und 2014/15 besuchten sie gemeinsam Georgien, Moldawien, Tunesien und Nigeria. Fabius witzelte: „Wenn Frank-Walter nicht mit seiner Frau zusammen war, dann war er mit mir zusammen.“<sup>06</sup> Auch mit Fabius' Nachfolger Jean-Marc Ayrault bildete Steinmeier schnell ein deutsch-französisches Gespann. Gemeinsam flogen sie zu ihren Gesprächspartnern, wie etwa nach Mali im Mai 2016 oder in die Ostukraine im September 2016, und demonstrierten die deutsch-französische Verantwortung für Europa. Im Sommer 2016 signalisierten sie mit ihrem Papier „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“, dass sie Merkel und Hollande nicht alleine die Aufgabe überlassen wollen,

Antworten auf die heutigen Herausforderungen in der Welt und in Europa zu formulieren.<sup>07</sup>

## AUF AUGENHÖHE?

„Deutschland und Frankreich müssen auf Augenhöhe sein“,<sup>08</sup> heißt es immer wieder in Paris und Berlin, denn nur auf dieser Grundlage könne die deutsch-französische Zusammenarbeit funktionieren. Diese Prämisse schien in den vergangenen Jahren nicht mehr gegeben, nicht zuletzt auch, weil die Position des französischen Präsidenten im Innern geschwächt schien.

Bei François Hollandes Wahl zum siebten Präsidenten der V. Republik am 6. Mai 2012 hatte die Mehrheit der Franzosen noch regelrecht aufgetatet. Während jedoch die Wahl seines sozialistischen Vorgängers François Mitterrand 1981 ähnlich wie jene Willy Brandts 1969 in der Bundesrepublik einen bewussten Politikwechsel herbeiführen sollte, hatten die meisten Franzosen 2012 in erster Linie gegen Nicolas Sarkozy gestimmt. Nach der ersten Euphorie des Wahlsieges sanken Hollandes Umfragewerte kontinuierlich, und auch innerhalb seiner Sozialistischen Partei wuchs bald die Unzufriedenheit.<sup>09</sup> Bei den Kommunal-, Europa- und Regionalwahlen 2014/15 wurden die Sozialisten für die schlechte Wirtschaftslage, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, ausbleibendes Wachstum und die hohen Schulden abgestraft. Zwar konnte der rechtsextreme Front National nicht so hohe Ergebnisse erzielen wie vorhergesagt und sich in keinem Departement beziehungsweise in keiner Region durchsetzen, doch sind die Wahlergebnisse ein Zeichen für einen Rechtsruck in Frankreich. Wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen ist Hollande der unpopulärste Präsident, den die V. Republik je gekannt hat, und es käme einem Wunder gleich, wenn der noch zu bestimmende sozialistische Kandidat in den zweiten Wahlgang käme – das Vertrauen der Sozialisten in Hollande ist so gering, dass er sich vor einer Kandidatur einer offenen Vorwahl stellen muss.

**01** Zit. nach o.A., Ein „einzigartiger Moment“ – Zitate zum Referendum, 6.7.2015, [www.fnp.de/art46567,1481180](http://www.fnp.de/art46567,1481180).

**02** Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2016<sup>4</sup>, S. 276.

**03** Vgl. Wichard Woyke, Deutsch-Französische Beziehungen. Das Tandem fasst wieder Tritt, Opladen 2004<sup>2</sup>.

**04** Sascha Lehnartz/Leo Klimm, Die Leerstelle im deutsch-französischen Verhältnis, 19.2.2014, [www.welt.de/article124983437](http://www.welt.de/article124983437).

**05** Zum einzigartigen deutsch-französischen Netzwerk auf zivilgesellschaftlicher Ebene vgl. Nicole Colin et al. (Hrsg.), Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen nach 1945, Tübingen 2015<sup>2</sup>.

**06** Zit. nach Gregor Mayntz, Freunde in schwerer See, 16.10.2014, [www.rp-online.de/aid-1.4598614](http://www.rp-online.de/aid-1.4598614).

**07** Volltext unter [www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/736264/publicationFile/217569/160624-BM-AM-FRA-DL.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/736264/publicationFile/217569/160624-BM-AM-FRA-DL.pdf).

**08** Claire Demesmay/Ronja Kempin, Deutschland und Frankreich müssen auf Augenhöhe sein, 22.1.2013, [www.zeit.de/politik/ausland/2013-01/Elysee-Vertrag](http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-01/Elysee-Vertrag).

**09** Siehe auch den Beitrag von Claire Demesmay in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

Obwohl in Deutschland die AfD bei den jüngsten Landtagswahlen beachtliche Ergebnisse erzielen konnte und das Regieren nicht nur in den Ländern, sondern auch im Bund für Angela Merkel und die CDU schwieriger wird, erzielt die Kanzlerin in Umfragen nach wie vor Spitzenwerte. Und auch wenn jüngst mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 eine erneute Kandidatur Angela Merkmals aus den Reihen der CDU/CSU infrage gestellt wurde, so sitzt sie doch fest im Sattel.

Dass hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Lage „zwischen Berlin und Paris derzeit Welten liegen“,<sup>10</sup> schlägt sich auch in der gegenseitigen Wahrnehmung von Deutschen und Franzosen nieder. Zwar unterstreichen Meinungsumfragen, dass die beiden Gesellschaften einen freundschaftlichen Blick über den Rhein richten und das positive Bild vom Nachbarn stabil ist.<sup>11</sup> Doch hat die gegenseitige Kritik in den vergangenen Jahren zugenommen. Der Sparkurs Deutschlands gilt in Frankreich vor allem im linken Lager als Austeritätspolitik, die die Armut in Europa verstärkte und von „egoistischer Unnachgiebigkeit“ und mangelnder Solidarität zeugt.<sup>12</sup> In den Medien werden mitunter historische Analogien bemüht und Merkel als pickelhaubtragende „Eiserne Kanzlerin“ dargestellt oder mit Bezug zur Besatzungszeit während des Zweiten Weltkrieges mit dem deutschen Warnruf „Achtung!“ abgebildet.<sup>13</sup> Auf deutscher Seite ist der vermeintliche Reformunwille der Franzosen immer wieder Anlass, sich am Nachbarland abzarbeiten. Davon zeugen Schlagzeilen wie „Wird Frankreich das neue Griechenland?“ oder das von „Bild“ und „Focus“ bemühte Wortspiel „Krankreich“ sowie die vom „Handelsblatt“ gewählte Bezeichnung „Bonsai-Machiavelli“ für François Hollande.<sup>14</sup>

**10** Nikolas Busse, Frankreich im Zweifel, 30.3.2015, [www.faz.net/-13514151.html](http://www.faz.net/-13514151.html).

**11** Vgl. ARD/Deutschlandfunk/Radio France/ARTE, Ergebnisse der großen Umfrage „Frankreich, Deutschland und Sie?“, 15.1.2013, [http://cdn.dradio.de/media/dlr/aktuell/umfrage\\_dt\\_frz.pdf](http://cdn.dradio.de/media/dlr/aktuell/umfrage_dt_frz.pdf).

**12** O.A., Le PS dénonce „l'intransigence égoïste“ d'Angela Merkel, 26.4.2013, <http://fr.reuters.com/article/idFRL6NODD28620130426>; vgl. Frédéric Thérin, Les Allemands ne portent pas Arnaud Montebourg dans leur cœur, 2.4.2014, [www.lepoint.fr/-02-04-2014-1808350\\_20.php](http://www.lepoint.fr/-02-04-2014-1808350_20.php).

**13** Achtung! Pourquoi l'Allemagne doit lâcher du lest, in: Le Nouvel Observateur, 16.10.2014, Titel.

**14** Frank Doll, Kann Frankreich das neue Griechenland werden?, 9.5.2015, [www.wiwo.de/11743396.html](http://www.wiwo.de/11743396.html); Dirk Müller-Thederan, Regierungs-Chaos in Frankreich, 25.8.2014, [www.bild.de/-37392](http://www.bild.de/-37392)

## NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Trotz verschiedener Symptome einer akuten Verkühlung im deutsch-französischen Verhältnis bemühten sich François Hollande und Angela Merkel in den vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre gemeinsam um immer wieder neue Lösungsansätze.

### Ukraine-Konflikt und „Normandie-Format“

So bewog sie etwa die Eskalation in der Ukraine, wenige Flugstunden von Paris und Berlin entfernt, sich in enger Abstimmung für eine diplomatische Lösung des Konflikts einzusetzen. Bereits nach der Annexion der Krim durch Russland im März 2014 hatten sich Hollande und Merkel am Rande der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der alliierten Landung mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem designierten ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko erstmals im „Normandie-Format“ getroffen. Als sich Anfang 2015 die militärische Eskalation in der Ostukraine erneut zuspitzte und die Vereinigten Staaten Waffenlieferungen an die Ukraine forderten, reisten beide gemeinsam nach Kiew, Moskau und Minsk, um einen politischen Ausweg aus der Krise zu finden – das am 12. Februar 2015 unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen „Minsk II“.

Welchen Ausgang der deeskalierende Ansatz von Merkel und Hollande finden wird, bleibt ungewiss – erst im Oktober 2016 fanden erneut Gespräche im „Normandie-Format“ in Berlin statt, um sich auf einen neuen Fahrplan für eine Friedenslösung zu einigen. Doch das deutsch-französische Duo erhielt in diesem Prozess eine neue Dimension, denn Merkel und Hollande handelten über den EU-Rahmen hinaus und schwingen sich als deutsch-französisches Paar zu einem Akteur in den internationalen Beziehungen auf.

Davon profitierten beide: Durch Hollandes Präsenz konnte die Kanzlerin den anderen Partnern in Europa klar zu verstehen geben, dass das deutsche Engagement in Osteuropa aus einer tiefen Verankerung im westlichen Bündnis heraus geschieht. Ferner kam „in der Hinzunahme Frankreichs auch ein immer noch vorhandenes Unbehagen Berlins mit seiner neuen Rolle zum Ausdruck: Frankreich als Feigenblatt – weniger,

416.bild.html; Tanja Kuchenbecker/Henning Lohse, Der Krankreich-Report, 8.9.2014, [www.focus.de/\\_id\\_4113855.html](http://www.focus.de/_id_4113855.html); Thomas Hanke, Der Bonsai-Machiavelli, in: Handelsblatt, 16.4.2015, S. 14.

um Ängste anderswo vor deutscher Hegemonie zu zerstreuen, als vielmehr, um Selbstzweifel zu überdecken“. <sup>15</sup> Für Hollande handelte es sich bei den gemeinsamen Bemühungen um eine Friedenslösung innenpolitisch um eine Aufwertung, sodass er mit einer „gewissen Gelassenheit“ darüber hinwegsehen konnte, „wer hier wen mit nach Minsk genommen hat“. <sup>16</sup> In der Tat scheint er die Rolle Frankreichs an der Seite Deutschlands als Bestätigung des französischen Selbstverständnisses als europäische Führungsmacht zu sehen und drängt immer stärker darauf, die europäische Friedensordnung als Sache der Europäer zu verstehen.

### Brexit

Auch nachdem sich die Mehrheit der Briten beim Referendum vom 23. Juni 2016 für den Austritt ihres Landes aus der EU entschieden hatte, reagierten Paris und Berlin umgehend: Am 27. Juni trafen Hollande und Merkel sich mit Italiens Premierminister Matteo Renzi in Berlin und kündigten an, gemeinsam Vorschläge zur Weiterentwicklung einer EU ohne Großbritannien vorlegen zu wollen. Trotz dieser demonstrativ zur Schau gestellten Einigkeit kristallisierten sich jedoch schnell unterschiedliche Haltungen heraus: Während Merkel nicht zur Eile drängte, sprach sich Hollande für harte Verhandlungen mit Großbritannien aus, denn zum einen wollte er andere Mitgliedstaaten von einem EU-Austritt abschrecken und zum anderen auch seine eigenen Landsleute, von denen rund ein Drittel bei einem entsprechenden Referendum gegen die heutige EU stimmen würden, die laut Front National und den linksextremen Parteien in erster Linie deutschen Interessen dient. <sup>17</sup> Es verbreitete sich die Sorge, es könne London gelingen, das etatistische Frankreich gegen das freihändlerische Berlin auszuspielen. <sup>18</sup>

Um den Eindruck deutsch-französischer Divergenzen in der Brexit-Frage abzuschwächen,

trafen sich Hollande und Merkel im Vorfeld des ersten EU-Gipfels ohne Großbritannien im September 2016 in Bratislava. Dabei war zu beobachten, dass die Kanzlerin auf die härtere Linie von Hollande eingeschwenkt war. Sie sprachen sich gemeinsam für eine europäische Reformagenda aus, um eine anhaltende Krise zu vermeiden. Bei den Gipfelgesprächen zeigte sich, dass die Streitigkeiten um Demokratie- und Subsidiaritätsfragen, eine gemeinsame Migrationspolitik, die Weiterentwicklung der Währungsunion sowie die Herausforderungen durch den Brexit den Rahmen eines einzigen Gipfels sprengten. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf einen Fahrplan, um auf zwei weiteren Gipfeln auf Malta und in Rom im Frühjahr 2017 weiterzuarbeiten.

Bei ihrem anschließenden gemeinsamen Auftritt betonten Merkel und Hollande, dass Berlin und Paris für die Zukunft der EU und die Umsetzung der „Bratislava-Agenda“ gemeinsam die Verantwortung übernehmen wollten. Spürbar war dabei auf beiden Seiten der Zugzwang: Angesichts der anstehenden Wahlen in beiden Ländern gilt es, Konsens- und Handlungsfähigkeit auch im Kreis der EU-Staats- und Regierungschefs zu beweisen.

### ZUR OFFENEN EHE?

Wenn Sand im Getriebe des deutsch-französischen Motors ist, stellt sich stets die Frage, ob es zur Dynamisierung der EU Alternativen für dieses Beziehungspaar gibt. Viele französische Präsidenten und deutsche Kanzler klopfen nach ihrer Wahl zunächst in London an, doch zuletzt mussten sowohl Gerhard Schröder als auch Nicolas Sarkozy feststellen, dass die Interessenkonvergenzen zwischen Berlin und Paris größer waren. Großbritannien fällt nun als Alternativpartner aus. Doch nach dem Brexit-Votum steht die EU umso mehr vor der Frage nach neuen Mehrheitskonstellationen. Denn nachdem sich bereits seit einigen Jahren vor allem in der kontroversen Diskussion um Haushaltskonsolidierung beziehungsweise Investitionen ein Nord-Süd-Gefälle in der EU aufzutut, geht dem Norden mit Großbritannien nun ein mächtiger Verbündeter verloren. Zugleich sind die osteuropäischen Länder, die weniger als mehr Europa einklagen, nach dem Scheitern des 1991 als Dialogforum zwischen dem „neuen“ und dem „alten“ Europa

<sup>15</sup> Majid Sattar/Michaela Wiegel, Zwei für alle Fälle, 13.2.2015, [www.faz.net/-13425357.html](http://www.faz.net/-13425357.html).

<sup>16</sup> Michaela Wiegel, Köchin und Kellner, 7.3.2015, [www.faz.net/-13465786.html](http://www.faz.net/-13465786.html).

<sup>17</sup> Vgl. Christian Wernicke, Exempel statuieren, 26.6.2016, [www.sueddeutsche.de/politik/-1.3051619](http://www.sueddeutsche.de/politik/-1.3051619).

<sup>18</sup> Vgl. Philippe Bernard, Brexit: Theresa May joue Angela Merkel contre François Hollande, 21.7.2016, [www.lemonde.fr/referendum-sur-le-brexit/article/2016/07/21/brexit-theresa-may-joue-angela-contre-francois\\_4972535\\_4872498.html](http://www.lemonde.fr/referendum-sur-le-brexit/article/2016/07/21/brexit-theresa-may-joue-angela-contre-francois_4972535_4872498.html).

gegründeten „Weimarer Dreiecks“ zu einem eigenständigen Machtfaktor geworden.<sup>19</sup>

Ein Kandidat, für den sich die deutsch-französische Paarbindung öffnen könnte, scheint Italien zu sein. Im August 2016 trafen sich die Protagonisten der drei größten Euro-Länder auf der italienischen Insel Ventotene, um angesichts der Flüchtlingskrise und des internationalen Terrorismus über Sicherheitsfragen zu sprechen. Auf Betreiben von Renzi und Hollande wurde auch über mehr Investitionen diskutiert, um das Wachstum in Europa anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Böse Zungen mögen behaupten, dass es im Interesse des innenpolitisch geschwächten Hollande liegen muss, mit Renzi einen Alliierten gegen den deutschen Sparkurs in Europa gefunden zu haben. Das Dreiertreffen scheint aber die Initiative der Kanzlerin gewesen zu sein, die in Italien einen möglichen Verbündeten sieht. So hatte sie Renzi bereits im Januar 2016 in Berlin empfangen und ihn im Mai 2016 zu den Gesprächen mit Hollande, US-Präsident Barack Obama und dem britischen Premier David Cameron am Rande der Hannover-Messe eingeladen.

In der Tat versucht sich Renzi als italienischer Gerhard Schröder und bemüht sich, strukturelle Reformblockaden aus dem Weg zu räumen und den italienischen Staat einem Modernisierungsprogramm zu unterwerfen – während Hollande bei den Strukturreformen im eigenen Land eher apathisch wirkt. Auch in der Flüchtlingspolitik scheinen Berlin und Rom auf einer Wellenlänge: Merkel erkennt die Belastung Italiens bei der Aufnahme von Flüchtlingen an, und beide betonen gegenüber den osteuropäischen Staaten die europäische Solidarität – während Frankreich laut Premierminister Manuel Valls keinen einzigen Flüchtling mehr aufnehmen werde, als es gemäß der beschlossenen Quote müsse.<sup>20</sup>

Doch bei den Themen Rüstung und Sicherheitspolitik waren während des Dreiertreffens auf Ventotene die Übereinstimmungen zwischen Paris, Berlin und Rom nicht zu übersehen. Blockierte Großbritannien in der Vergangenheit Bemühungen um eine gemeinsame europäische

Verteidigungspolitik, so könnte sich nach dem Brexit-Votum hier ein „Dreirad“ gefunden haben, das eine Vertiefung der EU auf diesem Feld vorantreibt. Für eine fundierte Einschätzung ist es jedoch zu früh: Scheitert Renzi bei seinem Referendum zur Verfassungsreform, drohen Neuwahlen in Italien. Und in Frankreich und Deutschland muss im kommenden Jahr ebenfalls noch gewählt werden, bevor tragfähige Aussagen über die künftigen Konstellationen in der EU möglich sind.

## FAZIT

Europa wie auch die deutsch-französischen Beziehungen stehen heute an einem Scheideweg: Schien nach dem Ende der Blockkonfrontation der „ewige Friede“ anzubrechen, so zeigen uns die Konflikte in der Ukraine und in Syrien, dass Krieg auch in Europa wieder möglich ist beziehungsweise seine Folgen zu einer Herausforderung für alle europäischen Staaten werden; schien der europäische Integrationsprozess lange unumkehrbar, so verdeutlicht das Brexit-Votum, dass Rückschritte nicht ausgeschlossen sind; resultierten Vertiefungen beim europäischen Integrationsprozess oft aus gemeinschaftlichen Lösungen für konkrete Probleme, so ist dieser Mechanismus ins Stocken geraten.

Den Weg in die Zukunft können Deutschland und Frankreich nicht alleine weisen, doch ist es zusammen mit ihren engsten Partnern ihre Aufgabe, Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und „eine politische Mitte zu schaffen und zu bewahren, aus der heraus ein gemeinsames, starkes Europa handeln kann“.<sup>21</sup> Beide Länder müssen in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Integration ihre Hausaufgaben machen, um über die innenpolitische Legitimation auf internationaler Bühne gestärkt agieren zu können. In einem neuen Europa wird die Verantwortung für das deutsch-französische Duo nicht weniger, aber die Kooperation wird sich in Zukunft flexibler gestalten und andere Arrangements als in der Vergangenheit benötigen.

## ULRICH PFEIL

ist Professor für Deutschlandstudien  
an der Université de Lorraine in Metz.  
upfeil@orange.fr.

<sup>21</sup> Frank-Walter Steinmeier, Europa ist die Lösung, 14.9.2016, [www.faz.net/-14433717.html](http://www.faz.net/-14433717.html).

<sup>19</sup> Vgl. in einem breiteren Kontext Corine Defrance et al. (Hrsg.), Deutschland – Frankreich – Polen seit 1945, Brüssel 2014.

<sup>20</sup> Vgl. Luc de Barochez, Angela Merkel refuse l'Europe à la française, 23.8.2016, [www.lopinion.fr/edition/international/angela-merkel-refuse-l-europe-a-francaise-108496](http://www.lopinion.fr/edition/international/angela-merkel-refuse-l-europe-a-francaise-108496); Thomas Gutschker, Wie das Europa-Tandem zum Trike wurde, 31.8.2016, [www.faz.net/-14409021.html](http://www.faz.net/-14409021.html).

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. November 2016

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Martina Bauer (Praktikantin)  
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

**APuZ**  
Nächste Ausgabe  
49-50/2016, 5. Dezember 2016

## BREXIT

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte  
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;  
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Beiträge dieser Ausgabe stehen unter  
einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine  
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)